



Düsseldorfer Institut für Aussen- und Sicherheitspolitik
Duesseldorf Institute for Foreign and Security Policy

Dr. Rainer Winkler

Die Irak-Krise im Bundestagswahlkampf 2002

DIAS ANALYSE
Nr. 1 September 2003

www.dias-online.org

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Rainer Winkler

ist Generaldirektor des Düsseldorfer Instituts für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS) sowie Lehrbeauftragter an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Er ist promovierter Politologe und Historiker. Zu den Schwerpunkten seiner Forschungs- und Publikationstätigkeit zählen der Nahe Osten, Zentralasien, der Umgang mit dem Islam sowie die transatlantischen Beziehungen und die europäische Außen- und Sicherheitspolitik.

Rainer Winkler erreichen Sie über winkler@dias-online.org.

Rainer Winkler
Die Irak-Krise im Bundestagswahlkampf 2002. DIAS-Analyse Nr. 1, Düsseldorf, 2003

Herausgeber
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

www.dias-online.org

© 2003, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2
Das politische Stimmungsklima 2002 und die Themenschwerpunktsetzung im Wahlkampf	3
Der „deutsche Weg“ – die rot-grüne Koalition und die Irak-Frage.....	6
Die Position der CDU / CSU	13
Die Fortführung der Irak-Debatte im September.....	21
Zusammenfassung	33
Literatur- und Quellenverzeichnis	36

Einleitung

Wie wohl bei kaum einer anderen Bundestagswahl stellte sich am späten Abend des 22. September 2002 die Frage, wie das Wahlergebnis denn zu bewerten sei: Als eine

„zufällige Momentaufnahme eines sich ständig wandelnden, von Stimmungen und „situativen Faktoren“ bestimmten Meinungsbildes“ oder als „die Reflexion der Wähler über die letzte Legislaturperiode“, also eines „kollektiven Entscheidungsprozesses, unabhängig von zwischenzeitlichen Schwankungen der Vorwahlumfragen“^d?

Fest steht: Die Wahl war - gemessen an Prozentzahlen und absoluten Stimmen - die knappste seit Bestehen der Bundesrepublik. So lag die SPD nur mit etwas mehr als 6000 Zweitstimmen vor der Union. Sah es bis weit in den August hinein noch so aus, als werde die CDU / CSU mit ihrem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber die Wahl für sich entscheiden können, so stellten die meisten demoskopischen Institute im Verlauf des Augusts einen allmählichen Stimmungsumschwung zu Gunsten der Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90 - Die Grünen fest, den sie schließlich bis zum Wahltag verteidigen konnte.

Die Ergebnisse sahen konkret wie folgt aus:

Die Union kam auf einen Zweitstimmenanteil von 38,5 % - dies bedeutet bundesweit einen Zugewinn von 3,4 % im Vergleich zur Bundestagswahl von 1998² -, der sich wiederum in 29,5 % für die CDU und 9,0 % für die CSU aufgliederte. Zwar hat die Union damit ihr Ziel, stärkste Partei im neuen Bundestag zu werden, nicht erreicht. Doch konnte sie sich aufgrund der Stimmenzugewinne in gewisser Weise als Siegerin der Wahl betrachten, auch wenn das Ergebnis vom 22. September für sie das dritt schlechteste seit Bestehen der Bundesrepublik auf Bundesebene war. Denn ihr gelang im Vergleich zur Wahl 1998 und trotz der sich im ersten Quartal 2000 katastrophal auf die Stimmungslage auswirkende parteiinterne Spendenaffäre ein Zugewinn von etwa 1,3 Millionen Wählerinnen und Wähler und zog damit letztendlich mit den Sozialdemokraten gleich:

„Stoiber hat das Blatt gewendet, aber Kobls Verluste nicht völlig gutmachen können“^a.

Deutliche Unterschiede gab es für CDU / CSU im Ergebnis von Ost und West. So kam sie in den alten Bundesländern auf insgesamt 40,8 % (plus 3,7 % zu 1998), in den neuen Ländern jedoch lediglich auf 28,3 % (plus 1,0 %). Im Nord-Süd-Vergleich lässt sich für die Union konstatieren, dass sie in den beiden nördlichen Flächenländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen lediglich bis zu 1,3 % Stimmen hinzugewann, in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen sogar leicht verlor. Dem standen eindeutige Zugewinne südlich der Mainlinie entgegen (Baden-Württemberg: plus 5,0 %; Bayern: plus 10,9 %)⁴.

Anders hingegen die SPD. Während die Sozialdemokraten zwar ebenfalls 38,5 % der Zweitstimmen erhielten - was jedoch bundesweit einen Verlust von 2,4 % gegenüber 1998 be-

¹ Hartenstein, Wolfgang / Müller-Hilmer, Rita: Die Bundestagswahl 2002: Neue Themen - neue Allianzen; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49-50 / 2002, S.18.

² Auf die CDU entfiel demnach ein Gewinn von 1,1 %, auf die CSU von 2,3 %.

³ Oberreuter, Heinrich: Strategie und Profil - Zur Lage der Unionsparteien nach der Bundestagswahl; in: Politische Studien, Heft 387 (Januar-Februar 2003), S.45. Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber wurde nach unionsinterner Diskussion im Januar 2002 als gemeinsamer Kanzlerkandidat von CDU und CSU nominiert.

⁴ Auf die o.g. 1,3 Millionen Stimmen Zugewinne für die Union entfielen allein auf die CSU in Bayern 966 600, was einem Anteil von 86 % innerhalb der Unionsgewinne entspricht. Zu den regionalen Gewinn- und Verlustzahlen in den einzelnen Bundesländern vgl. auch: Oberreuter, Heinrich: Strategie und Profil - Zur Lage der Unionsparteien nach der Bundestagswahl; in: Politische Studien, Heft 387 (Januar-Februar 2003), S.46ff und Hartenstein, Wolfgang / Müller-Hilmer, Rita: Die Bundestagswahl 2002: Neue Themen - neue Allianzen; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49-50 / 2002, S.18ff.

deutet - war ihr Ergebnis in Ost und West insgesamt wesentlich ausgeglichener (alte Bundesländer: 38,3 % (minus 4,0 %) ; neue Bundesländer: 39,7 %, (plus 4,6 %)) Das Bündnis 90 / Die Grünen kamen auf 8,6 % (plus 1,9 %) und wurden damit drittstärkste politische Kraft im Land.

Die FDP verfehlte ihr hochgestecktes Ziel von 18 % mit 7,4 % (plus 1,1 %) deutlich, während die PDS nur noch 4,0 % (minus 1,1 %) Stimmenanteil gewinnen konnte und damit nicht mehr in Fraktionsstärke im neugewählten Bundestag vertreten war⁵.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die im Verlauf des Jahres 2002 sowohl auf internationaler Ebene als auch innerhalb der Bundesrepublik immer stärker in den Vordergrund tretende „Irak-Debatte“ - ausgelöst durch den Vorwurf der Regierung Bush, der irakische Diktator Saddam Hussein strebe weiterhin nach dem Besitz von Massenvernichtungswaffen bzw. habe diese bereits – im bundesdeutschen Wahlkampf in den Monaten August und September inhaltlich zu analysieren. Dabei wurde sich in erster Linie auf die Position der CDU / CSU auf der einen sowie der SPD und Bündnis 90 / Die Grünen auf der anderen Seite konzentriert. Die internationale Entwicklung wurde indes nur dann einbezogen, wenn sie – wie beispielsweise die Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Dick Cheney am 27.08. - unmittelbaren Einfluss auf die politische Auseinandersetzung im bundesdeutschen Wahlkampf hatte.

Zwar sind zu verschiedenen Aspekten des Wahlergebnisses vom 22.September 2002 bereits einige, v.a. statistische Untersuchungen, veröffentlicht, doch spielt darin das Thema „Irak“ nur eine untergeordnete Rolle. Eine Publikation über die Positionen der einzelnen Parteien in dieser Debatte liegt indes noch nicht vor. Um eine breite Darstellung des Verlaufs der politisch-rhetorischen Auseinandersetzungen zu erreichen, wurde für diese Arbeit insoweit in erster Linie auf Berichte verschiedener überregionaler Zeitungen sowie auf verschiedene Originaldokumente wie Reden, Interviews, Stellungnahmen und Presseerklärungen einzelner Spitzenpolitiker zurückgegriffen. Ergänzung fanden diese Quellen durch die o.g. statistisch-analytischen Untersuchungen.

Das politische Stimmungsklima 2002 und die Themenschwerpunktsetzung im Wahlkampf

Nach der verlorenen Bundestagswahl 1998 konnte sich die Union – begünstigt durch den schlechten Start der Regierungsarbeit von Sozialdemokraten und Grünen wie beispielsweise den raschen Rücktritt von Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine - in der Gunst der Wähler im Verlauf des letzten Quartals 1998 wieder soweit steigern, dass sie die SPD im Verlauf der ersten beiden Monate des Jahres 1999 sogar überflügelte und dieses Ergebnis bis zum September 1999 auf 56 % zu einem imposanten Umfrageergebnis ausbauen konnte⁶. In Folge der seit Mitte 1999 allmählich an das Tageslicht gekommenen Parteispendenaffäre folgte sodann ein dramatischer Absturz in der Beurteilung durch die Wähler. Doch gelang es ihr in der Folgezeit unter dem Parteivorsitz von Angelika Merkel wieder, sich langsam aber stetig aus dem Umfragetief herauszuarbeiten, ohne dass die CDU den Sozialdemokraten bis zum Ende des zweiten Quartals 2000 die Führungsrolle in der Wählergunst streitig machen konnte. Erst um die Monatswende Mai / Juni 2000 konnte sie im politischen Stimmungsklima wieder zur SPD aufschließen, ohne sie jedoch in der Projektion bis Dezember 2001 als stärkste Partei zu übertreffen. Denn in Folge der Terroranschläge in New York und Washington vom 11.September 2001 gelang es den Sozialdemokraten

⁵ Die sonstigen Parteien kamen auf insgesamt 3,0 % (minus 2,9 %).

⁶ Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Bundestagswahl – Eine Analyse der Wahl vom 22.September 2002 (zugleich: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.108., September 2002); S.17.

noch einmal, ihren Vorsprung zur Union auszubauen. Der Grund hierfür lag in der Tatsache begründet, dass

„in Zeiten der Krise ... die Menschen die Regierung [stützen]. Die Werte für die SPD und noch stärker für den Kanzler gingen nach oben und hielten sich bis zum Jahresende auf dieser Höhe. Erst danach wurde die Regierung von den alten ungelösten Problemen wieder eingeholt; der schlechten wirtschaftlichen Lage und stetig steigenden Arbeitslosenzahlen“⁷.

Lagen Union und SPD sodann zu Beginn des Jahres 2002 mit etwa 41 % fast gleichauf, so verschlechterte sich nunmehr die politische Stimmung im Land für die Sozialdemokraten im Verlauf des ersten Halbjahres 2002 deutlich. Einerseits bedingt durch die relativ schlechte wirtschaftliche Lage, u.a. bedingt auch durch die weltwirtschaftlichen Rückkopplungen der Anschläge vom 11. September 2001, andererseits durch verschiedene Einzelereignisse wie z.B. den sog. „Spendenskandal“ in Nordrhein-Westfalen im März 2002, den Rücktritt von Bundesverteidigungsminister Scharping (18.7.), die zuvor verlorene Landtagswahl in Sachsen-Anhalt (21.04.) und die sog. „Flugmeilenaffäre“ (Juli / August). Die SPD ruschte bis zum Juli auf etwa 33 % ab. Die CDU / CSU konnte hingegen im ersten Quartal 2002 eine starke Zustimmung in der Wählergunst für sich verbuchen. So lag sie beispielsweise im April / Mai bei etwa 45 %, verlor dann aber nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt (April 2002) diesen Zugewinn wieder und lag im Juli mit ca. 40 % sogar noch etwa unter ihrem Jahresausgangsergebnis. Dennoch war die Ausgangslage der CDU / CSU für den beginnenden Wahlkampf – v.a. natürlich, wenn es ihr gelang, die „Schwachstelle“ der Regierungskoalition, d.h. die hohe Arbeitslosigkeit zu ihrem Vorteil zu instrumentalisieren - als recht gut zu bewerten. Insofern hatte sie auch

„den Wahlkampf zunächst gut gestartet, tatsächlich die Fehler von 1980 vermieden, den Kanzlerkandidaten so positioniert, dass Angriffe, die auf die Mobilisierung von Vorurteilen gründeten, ins Leere liefen, in aller Vorsicht die Kampagnen in Bayern und im Bund differenziert und die eine oder andere Anleihe bei der Erfolgstrategie der SPD-Kampa '98 genommen“⁸.

Angeschlagen von der raschen Abfolge negativer Entwicklungen bzw. Ereignisse im ersten Halbjahr 2002 gingen die Sozialdemokraten zunächst ohne ein wirkliches Schwerpunktthema in den beginnenden Bundestagswahlkampf. Dies konnte allerdings aufgrund der ohnehin in der Bevölkerung nicht sehr ausgeprägten Stimmung für einen Regierungswechsel in Berlin durchaus als kalkulierbares Risiko hingenommen werden⁹. Einen ersten Versuch, sich thematisch etwas stärker in das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit zu rücken, war im Juli das Aufgreifen der Vorschläge der sog. „Hartz-Kommission“ zur umfassenden Reform des Arbeitsmarkts, was jedoch der Partei nur kurzfristig Aufmerksamkeit und einen gewissen Sympathiezugewinn einbrachte. Der sich abzeichnenden Schwerpunktsetzung der CDU / CSU, den politischen Gegner mit einer Art „Wirtschaftswahlkampf“ frontal anzugreifen, versuchte die SPD damit zu begegnen, dass sie ihren Wahlkampf ab August als einen auf die Person Schröder zugeschnittenen Personenwahlkampf ausbaute. Dies auch angesichts der Tatsache, dass der Unionskanzlerkandidaten Stoiber seit seiner Nominierung Anfang 2002 in den Popularitätswerten niemals wirklich zum Kanzler

⁷ Roth, Dieter / Jung, Matthias: Ablösung der Regierung vertagt: Eine Analyse der Bundestagswahl 2002; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49-50 / 2002, S.6.

⁸ Oberreuter, Heinrich: Strategie und Profil - Zur Lage der Unionsparteien nach der Bundestagswahl; in: Politische Studien, Heft 387 (Januar-Februar 2003), S.44.

⁹ Lag die allgemeine Zustimmung für einen Regierungswechsel in Berlin mit lediglich 44 % weit unter dem Wert für die Zeit vor der Wahl von 1998 (damals mehr als 70 %), so sank dieser Wert im September auf nur noch 39 %.

aufschließen konnte. Sie verband diese Strategie mit „Pragmatismus bei zugespülten Themen“, wobei jedoch „die Programmatik ... in der aktuellen Debatte dann weitestgehend unter[ging]“¹⁰.

Begünstigt wurde diese „Strategie“ schließlich durch zwei Ereignisse, die – so kann man rückwirkend sagen - die Wahlentscheidung der Masse der noch im Juli 2002 unentschlossenen Wähler letztendlich emotional so beeinflusste, dass die Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90 / Die Grünen durch einen kaum für möglich gehaltenen Endsprint die Wahl am 22. September schließlich doch noch denkbar knapp für sich entscheiden konnte: Die Flutkatastrophe in den neuen Bundesländern im August und sie sodann nahezu fließend übergehende Zuspitzung der internationalen Lage im Zusammenhang mit einer eventuellen militärischen Vorgehensweise der USA in der über 12 Jahre schwelenden Irakkrise im September. So konnte im Verlauf beider krisenhafter Entwicklungen die Bundesregierung und hier in erster Linie Bundeskanzler Schröder selbst – wohlwissend, dass „Krisenzeiten ... Regierungszeiten [sind], wenn es der Regierung gelingt, als anpackend und problemlösend dargestellt zu werden“¹¹.

Dies suggerierte ähnlich wie schon in der Zeit nach dem 11. September im Herbst 2001 erneut Führungsstärke und Entschlossenheit, die er geschickt mit dem Amtsbonus als Kanzler zu verbinden wusste. Denn nachdem die fortlaufenden Meinungsumfragen im Verlauf des August darauf hindeuteten, dass das Wahlergebnis wahrscheinlich nun doch relativ knapp ausfallen würde, kam es v.a. für die Sozialdemokraten darauf an, in den letzten, „heißen“ Wochen vor der Wahl die sich bietende Chance zu ergreifen. Die sollte sowohl durch eine entsprechende Mobilisierungsphase ihres eigenes Stammwählerpotential sowie v.a. die noch unentschiedenen Wähler wieder für sich zu gewinnen gelingen. Zwar identifizierten

„die Deutschen auch in der Woche direkt vor dem Urnengang ohne jeden Zweifel die Arbeitslosigkeit als das klar wichtigste Problem[...], doch wie selten wurden die ökonomischen Themen, auf die die Union hauptsächlich gesetzt hatte, in der Endphase des Wahlkampf plötzlich von Personalisierung und aktuellen Ereignissen überlagert. Die magere Regierungsbilanz in den Bereichen Arbeitsmarkt und Wirtschaft – über Monate noch Hauptangriffsfläche für die mit Blick auf Stimmungswerte und Parteikompetenzen durchaus erfolgreichen Attacken der Opposition – stand plötzlich in der zweiten Reihe. Stattdessen präsentierte sich der Kanzler als Macher und die SPD gewann nicht zuletzt wegen Schröders Hochwasser-Krisenmanagement, seiner Haltung in der Irak-Debatte und einem konstant steigenden Imageplus gegenüber dem Herausforderer auf den letzten Metern deutlich Zustimmung“¹².

Schröders Herausforderer Stoiber, der nun in der Außendarstellung weit weniger kantig wirkte als noch zu Beginn des Wahljahres 2002, versuchte sich im Zusammenhang mit der „Jahrhundertflut“ zwar medienwirksam als „persönlich betroffene Krisenmanager“ zu positionieren. Doch konnte der Amtsinhaber - aufbauend auf die Zusicherung umfangreicher (finanzieller) Hilfsmaßnahmen - aus dieser Situation deutlich mehr politisches Kapital schlagen als der bayerische Ministerpräsident. In der Tat konnte die Opposition - deren Einflussmöglichkeiten in solchen schwierigen Extremsituationen quasi naturgemäß eher gering sind - dem ebenfalls medienwirksamen Krisenmanagement der SPD zeitweise nur wenig entgegensetzen. Sie bzw. ihr Kandidat Stoiber versuchte zwar weiterhin, die Themenbereiche, in denen sie nach den Umfrageergebnissen von den Wählern kompetenter als die Regierungskoalition eingeschätzt wurde - also im

¹⁰ Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Bundestagswahl – Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2002 (zugleich: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.108., September 2002); S.20f.

¹¹ Brettschneider, Frank: Die Medienwahl 2002: Themenmanagement und Berichterstattung; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49-50 / 2002, S.42.

¹² Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Bundestagswahl – Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2002 (zugleich: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.108., September 2002); S.16.

weiten Bereich der Wirtschaft und bei der Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit¹³ - bei jeder sich bietenden Möglichkeit in das Bewusstsein der krisengeschüttelten bundesrepublikanischen Gesellschaft zu rücken. Denn

„am 22.September geht es um eine Richtungsentscheidung. Am 22.September geht es um die Zukunft Deutschlands. Es geht um mehr Arbeitsplätze und Wachstum, es geht um glaubwürdige, verlässliche Politik. Am 22.September geht es um einen Neuanfang unter Führung von CDU und CSU. Es ist Zeit für Taten!“¹⁴.

Doch angesichts des Ausmaßes der Hochwasserkatastrophe, der sich abzeichnenden milliardenhohen Kosten für den Wiederaufbau und der emotionalen Betroffenheit in weiten Teilen der Bevölkerung war es für einige Wochen relativ schwierig, weiterhin mit fortdauernden Verweis auf Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftlichem Niedergang zu punkten. Auch wenn die Union ankündigte, unmittelbar nach der Wahl ein nationales Hilfsprogramm auflegen zu wollen, „das den Betroffenen sofort Hilfe bietet, gesetzlich abgesichert ist und verlässliche Leistungen über mehrere Jahre zur Verfügung stellt“¹⁵. Doch

„gerade die zunächst unpräzise Positionierung bei den plötzlich so wichtigen Fragen zur Finanzierung der Flutschäden, die nicht immer vorhandene parteiinterne Abstimmung in außenpolitischen Angelegenheiten, oder die Reaktivierung des Themas Zuwanderung in der letzten Wahlkampfwoche interpretierten die Medien schließlich als „Zick-Zack-Kurs“¹⁶,

der die Opposition letztendlich wohl um den lange erwarteten Sieg brachte.

Der „deutsche Weg“ – die rot-grüne Koalition und die Irak-Frage

Parallel zu dieser innerdeutschen Katastrophe schob sich mit der politischen - und mit zunehmender Dauer auch verbalen - Eskalation der seit Monaten schwelenden Irak-Krise ein weiteres, innen- wie außenpolitisch brisantes Thema in den Vordergrund des öffentlichen Bewusstseins. Zwar hatte Bundeskanzler Schröder bereits Anfang August der SPD-Führungsspitze seinen Entschluss dargelegt, das Thema Irak in den Wahlkampf einzuführen. Aber erst in den letzten drei

¹³ Auf die Frage, welche Partei die Probleme in verschiedenen Politikbereichen am kompetentesten löst, lag nach einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen vor der Wahl vom September 2002 die Union u.a. nur im Bereich der Wirtschaft mit 36 % (SPD: 31 %), der Arbeitsplätze mit 38 % (SPD: 29 %), der Kriminalitätsbekämpfung mit 36 % (SPD: 20 %) sowie der Bildung mit 35 % (SPD: 30 %) deutlich vor den Sozialdemokraten (vgl. hierzu: Roth, Dieter / Jung, Matthias: Ablösung der Regierung vertagt: Eine Analyse der Bundestagswahl 2002; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49-50 / 2002, S.12).

¹⁴ Presseerklärung der CDU vom 17.08.2002 (vgl. hierzu: www.cdu.de; Pressearchiv 2002, Pressemitteilung 115/02).

¹⁵ Presseerklärung der CDU vom 22.08.2002 (vgl. hierzu: www.cdu.de; Pressearchiv 2002, Pressemitteilung 104/02). Die CDU schlug zur finanziellen Bewältigung der Hochwasserschäden folgende Maßnahmen vor:

- a) Verwendung des verfügbaren Bundesbankgewinns in Höhe von 7,74 Mrd. Euro. Zuführung des Bundesbank-Gewinnanteils auf gesetzlicher Grundlage durch Änderung des Bundeshaushaltsgesetzes 2002 und des Erblastentilgungsfonds-Gesetzes.
- b) Zusätzliche Mittel aus der Haushaltssperre, Umschichtungen und 1,2 Mrd. Euro EU-Mittel, um eine Gesamthöhe des Hilfsfonds von etwa 10 Mrd. Euro zu erreichen.

Nach Ansicht der CDU war der Vorschlag der Bundesregierung, die nächste Entlastungsstufe der Steuerreform um ein Jahr zu verschieben, zwar der falsche Weg; allerdings machte sie gleichzeitig jedoch klar, dass sie diese Maßnahme – sollte sie denn nach dem 22.09. ins Werk gesetzt werden – auch nicht blockieren würde.

¹⁶ Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Bundestagswahl – Eine Analyse der Wahl vom 22.September 2002 (zugleich: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.108., September 2002); S.22.

Wochen und damit in der eigentlichen „heißen“ Wahlkampfphase gelang es der SPD, im Sinne von „Agenda-Surfing“ mit den Elementen „Agenda-Setting“ (Irak), „Agenda-Cutting“ (Hochwasser) dieses Thema voll zu ihrem Nutzen auszuspielen und damit auch und v.a. im Osten Deutschlands durch die Mobilisierung des in Teilen der Bevölkerung vorhandenen latenten Anti-Amerikanismus weiter an Zustimmung zu gewinnen. Es gelang dem Kanzler also,

„die für die SPD ungünstigen Themen Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarkt in den Hintergrund zu drängen und das für die SPD günstige Thema Frieden in den Mittelpunkt zu rücken. In den Medien wurde erstmals häufiger über Außenpolitik berichtet [...] als über den Arbeitsmarkt. [...]. Dies hatte Konsequenzen für die Einschätzung der Wichtigkeit des Themas Krieg, Frieden und Terror durch die Bevölkerung“¹⁷.

Doch bot diese Vorgehensweise – von Wolfgang Schäuble wenige Wochen später als „Gespensterdebatte“ diffamiert¹⁸ – darüber hinaus weitere innen- wie außenpolitisch positive, nicht zu unterschätzende Nebeneffekte. Denn zum Einen konnte man dadurch gleichzeitig der in den neuen Bundesländern traditionell starken PDS das Monopol der einzigen deutschen „Friedenspartei“ streitig machen und somit deren potentielle Wählerschaft in den linken Flügel der SPD hineinziehen¹⁹. Zum Anderen ergab sich durch das Eingehen auf die angespannte internationale Lage für die in den Wahlumfragen zunächst noch hart bedrängten Sozialdemokraten und hier v.a. für Schröder selbst nunmehr auch die günstige Gelegenheit, im sicherheitspolitischen Umfeld verstärkt deutsche Eigenständigkeit und Unabhängigkeit vom amerikanischen Verbündeten darzustellen. Parallel dazu konnte in diesem Rahmen das in der Regierungszeit Schröder distanzierte deutsch-französische Verhältnis wieder mit mehr Substanz versehen werden.

Im Verlauf der ersten Augustwoche ließ der Kanzler in mehreren Äußerungen erkennen, dass er nicht nur grundsätzlich vor einem militärischen Vorgehen gegen Saddam Hussein warnte, sondern dass sich Deutschland – sollte es vor die Wahl gestellt werden – weder finanziell noch personell an einem solchem Unternehmen beteiligen werde. Nach der Entscheidung in der SPD-Präsidiumssitzung am ersten 01. bzw. 05.08. wurde das Thema Irak schließlich in die Wahlkampfauseinandersetzung eingeführt.

Die Begründung für diesen Schritt war aus Sicht der SPD eine dreifache:

1. Zwar gab es zu diesem Zeitpunkt noch nicht den – von der Regierungskoalition im weiteren Verlauf der Debatte bezeichneten – „Strategiewechsel“ in der Irak-Politik der Bush-Administration, also die gewaltsame Beseitigung des Regimes in Bagdad anstelle dessen Eindämmung durch Kontrollen der Waffeninspekture der Vereinten Nationen (VN). Doch habe es bereits im Sommer entsprechende Drohungen aus Washington in Richtung Bagdad gegeben, auf die man quasi „prophylaktisch“ reagieren wollte. Der Regierung Bush sollte somit frühzeitig gezeigt werden, dass man bei der militärischen Lösung des Themas Irak nicht mit Unterstützung der Bundesregierung rechnen durfte. Nach Schröders Überzeugung gehört es angesichts der auch in den Vereinigten Staaten laufenden Diskussion über das Für und Wider eines militärischen Vorgehens gegen Saddam Hussein zu seiner Pflicht, die Position Deutschlands gegenüber dem mächtigen Verbündeten klarzumachen. Denn Freundschaft in den internationalen Beziehungen bedeutet doch nicht,

¹⁷ Brettschneider, Frank: Die Medienwahl 2002: Themenmanagement und Berichterstattung; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49-50 / 2002, S.42 (vgl. hierzu auch: S.37f).

¹⁸ Wolfgang Schäuble am 13.09.2002 vor dem Deutschen Bundestag; vgl. hierzu: www.bundestag.de, 14. Wahlperiode, 253. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 13.09.2002, Seite 25623.

¹⁹ Jung, Helmut: Analyse der Bundestagswahl 2002; in: Politische Studien, Heft 387 (Januar-Februar, 2003), S.24f.

„zu allem Ja und Amen“ zu sagen. Auch heiße „Freundschaft zwischen Menschen - wie auch zwischen Völkern - ... ja nicht, immer einer Meinung zu sein, sondern eine sichere, verlässliche Basis dafür zu haben, auch mal Meinungsverschiedenheiten freundschaftlich auszutragen“²⁰.

So wies der Kanzler in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass es die von ihm im Zusammenhang mit dem Afghanistaneinsatz gestellte Vertrauensfrage im Bundestag u.a. auch geschafft habe, die von der Opposition versuchte Monopolisierung des freundschaftlichen Verhältnisses Deutschlands zu den USA zu durchbrechen. Als „Gegenleistung“ für die mit seiner politischen Karriere verbundenen Vertrauensfrage leitete der Schröder

„dann aber auch das Recht, vielleicht sogar die Pflicht ab, in bestimmten Situationen sehr deutlich zu sagen, was wir denken“²¹.

War es – so die Argumentationskette Schröders – der jetzigen Bundesregierung gelungen, die in der bundesrepublikanischen Gesellschaft entstandene Tabuisierung des Militärischen als (letztes) Mittel der Politik zu durchbrechen (beispielsweise durch die Beteiligung der Bundeswehr an Einsätzen auf dem Balkan oder in Afghanistan), so habe man sich damit gleichzeitig auch das „Recht“ erworben, von Washington in relevanten außenpolitischen Fragen konsultiert bzw. gehört zu werden.

2. Die SPD-Führung glaubte außerdem, es müsse nunmehr zu diesem seit Monaten international kontrovers geführten Meinungsaustausch – gerade mit Blick auf die sodann zwangsläufig folgende innerdeutsche Diskussion – eine eindeutige Position bezogen werden. Dabei sei es nicht primär darum gegangen, ein neues öffentlichkeitswirksames und v.a. schlagkräftiges Thema für den Wahlkampf zu finden, denn

„einen Tag nach der Wahl am 23. September beginnt ein neuer NATO-Gipfel. Auf dem soll über die Frage des weiteren Vorgehens im Nahen Osten beraten und entschieden werden. Und weil das so ist, hat unser Volk Anspruch darauf zu erfahren, was die politischen Kräfte in diesem Land wollen und wozu sie bereit sind und was sie nicht wollen. Deshalb gehöre dies Frage auf die Tagesordnung. Nicht, weil uns das eingefallen ist, sondern weil der Zeitplan dies diktiert“²².

Den Vorwurf der Opposition, die Regierungskoalition suche angesichts der schlechten Umfrageergebnisse der vergangenen Monate und der Hilf- und Konzeptionslosigkeit im Hinblick auf die drückende Arbeitslosigkeit ein neues Profilierungsfeld, konterte Schröder mit dem Hinweis, dass er gerade deshalb auf die in der Gesellschaft laufenden Irakdiskussion eingehen müsse, weil sonst

„die Bevölkerung in Deutschland mir zu Recht Vorwürfe machen [würde], wenn ich sie im Unklaren ließe über das, was wir für richtig und was wir für falsch halten. Solche Debatten schaffen immer Fakten. Also muss man sich selber auch daran beteiligen mit dem, was man an Fakten schaffen möchte. [...]. Viele haben geschrieben – was ich immer für richtig hielt -, dass man zentrale Fragen wie etwa die Zuwanderung nicht aus dem Wahlkampf herauslassen darf. Jetzt aber scheint es so zu sein, dass mir anempfohlen wird, noch weit zentralere Fragen aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Das funktioniert nicht“²³.

3. Schließlich sei es – so Generalsekretär Müntefering Mitte September – bei der Entscheidung Anfang August auch darum gegangen, durch die Einnahme dieser eindeutigen Position eine innerparteiliche Auseinandersetzung über das Für und Wider einer deutschen Beteiligung an einer

²⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.08.2002, S.4.

²¹ Interview mit Bundeskanzler Gerhard Schröder in der Zeitung „Die Zeit“ vom 15.08.2002, S.3f.

²² Rede von Bundeskanzler Schröder zum Wahlkampfauftritt am 05.08.2002 in Hannover (eigene Aufzeichnung des Verfassers).

²³ Interview mit Bundeskanzler Gerhard Schröder in der Zeit vom 15.08.2002, S.3f.

Militärintervention – wie zuletzt im Zuge des Kosovo-, Mazedonien- und Afghanistaneinsatzes – soweit als möglich einzukapseln²⁴.

Auf verschiedenen Wahlkampfveranstaltungen am ersten Augustwochenende erklärte Schröder insoweit, dass er

„nur davor warnen [könne], ohne an die Folgen zu denken und ohne eine politische Konzeption für den ganzen Nahen Osten zu haben“,

jetzt über Krieg im Irak zu diskutieren:

„Wer da reingeht, muss wissen, wo er reingeht und was er da will“²⁵.

Man stehe zwar in der Irakfrage grundsätzlich weiterhin solidarisch an der Seite der Verbündeten, um so den politisch-diplomatischen Druck auf das Regime in Bagdad aufrechtzuhalten, doch sei Deutschland unter seiner Führung nicht bereit, sich auf US-amerikanisches Hasardeurspiel einzulassen:

„Spielen mit Krieg und militärischem Vorgehen - da kann ich nur vor warnen. Das ist mit uns nicht zu machen“²⁶.

Unter seiner Führung werde die Bundesregierung

„besonnen, auch entschieden reagieren, aber immer besonnen, dass wir Solidarität mit unseren Partnern leisten, aber für Abenteuer nicht zur Verfügung stehen, und dabei wird es bleiben“²⁷.

Schon die ersten öffentlichen kritischen Stellungnahmen Schröders zeigten, dass neben der zweifelsohne gewollten Instrumentalisierung der Irakfrage für den Wahlkampf die Befürchtungen des Kanzlers auch den tieferliegenden Grund hatten, dass die ohnehin wirtschaftlich angeschlagene Bundesrepublik aus einem politischen, militärischen und wirtschaftlichen „Vielfrontenkrieg“ unbedingt herausgehalten werden müsse. Dieser würde die deutschen Möglichkeiten im Zusammenhang mit dem weiten Feld des Kampfes gegen den Internationalen Terrorismus sicherlich überdehnen. So gab Schröder in einem Gespräch mit dem Deutschlandfunk Anfang September zu bedenken, dass es nach seiner Ansicht zum jetzigen Zeitpunkt mehr als unklug wäre, noch einen weiteren Konfliktherd in der nahöstlichen Krisenregion zu entfachen. Zumal es den laufenden amerikanischen Planungen für einen Krieg gegen den Irak noch an einer Konzeption hinsichtlich der Frage fehle, was denn „danach“ komme²⁸. Zunächst einmal müsse die notwendige, aber noch keineswegs gesicherte Aufbauarbeit in Afghanistan zum Abschluss gebracht und diese sodann in eine noch zu schaffende Friedensregelung für den gesamten arabisch-islamischen Großraum eingeordnet werden:

„Die Arbeit, die mit der Konsequenz aus dem 11.September verbunden ist, ist eben nicht zu Ende gebracht. Denn zu dieser Konsequenz gehört, dass wir nicht nur militärisch intervenieren, um die Taliban zu

²⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.09.2002, S.1. Der einzige Kritiker einer prinzipiellen Ablehnung betreffend einer Beteiligung Deutschlands an einer Militäraktion gegen den Irak innerhalb der SPD auf Bundesebene schien in den folgenden Wochen der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Hans-Ulrich Klose, gewesen zu sein, der auf dem Deutschen Historikertag in Halle vom 10.-13.09. argumentierte, dass die Drohkulisse gegen den Irak aufrechtzuhalten sei. Schröder selbst war der Überzeugung, dass Klose eine „sehr persönliche Auffassung vertritt – die nach meinem Eindruck nicht die Auffassung der SPD-Fraktion ist“ (Interview mit Bundeskanzler Schröder in der „Zeit“ vom 15.08.2002, S.3f).

²⁵ Süddeutsche Zeitung vom 05.08.2002, S.1.

²⁶ Rede von Bundeskanzler Schröder zum Wahlkampfauftakt am 05.08.2002 in Hannover (eigene Aufzeichnung des Verfassers)

²⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05.08.2002, S.1.

²⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05.09.2002, S.1.

bekämpfen, sondern auch, dass wir vor den Augen der Völker der Welt mit dem wirklich weiterkommen, was im Englischen „nation building“ heißt, also mit jener Aufbauarbeit, auf die insbesondere die Völker der Dritten Welt schauen und die es unmöglich macht, dass Ideologen und Fundamentalisten diese Völker für ihre Zwecke einsetzen und damit missbrauchen. Wenn wir über den Nahen Osten diskutieren, dann müsse wir bedenken, dass es immer auch um regionale Stabilität geht, um die Auswirkungen einer militärischen Intervention in dieser so sensiblen und schwierigen Region. Für das, was nach einer denkbaren, möglichen, ins Auge gefassten militärischen Intervention passiert, hat bislang niemand ein in sich schlüssiges und nachvollziehbares Konzept auf den Tisch gelegt²⁹.

Und auch Außenminister Fischer riet der US-Administration

„dringend, diese Dinge zu Ende zu denken. Das tut die Bundesregierung. Aus diesem Grund sind wir zu der Überzeugung gekommen, dass wir eine militärische Intervention für einen falschen Schritt halten“³⁰.

Ähnlich wie Schröder gab er zu bedenken, dass der Kampf gegen den Internationalen Terrorismus und nicht ein militärisches Vorgehen gegen den Irak für die Bundesregierung sicherheitspolitisch im Vordergrund stehe. Zumal es weder von amerikanischen noch von deutschen Stellen zum gegenwärtigen Zeitpunkt Hinweise dafür gebe, dass das Regime in Bagdad Querverbindungen zu transnational operierenden Terrororganisationen wie beispielsweise Al Qaida-Organisation aufweise. Insoweit einen Regierungswechsel im Irak mit Waffengewalt herbeiführen zu wollen, hielt er

„für eine falsche Prioritätensetzung“³¹.

Primäre Aufgabe sei es zunächst einmal, den Kampf gegen den Internationalen Terrorismus erfolgreich zu beenden und sodann gefährliche Regionalkonflikte wie z. B. den zwischen Israelis und Palästinensern friedlich zu lösen:

„Wir wollen Solidarität im Kampf gegen den Terror, aber keine Abenteuer“³².

Wie er gut zwei Wochen später im Rahmen der Haushaltsdebatte vor dem Bundestag ausführte, müsse es vielmehr vorrangiges Ziel der Völkergemeinschaft sein, zunächst die Bedrohung des Weltfriedens durch die Elemente

- religiöser Hass,
- Regionalkonflikte bzw. Nationalkonflikte, die mit dem ersten Element den Charakter von Glaubenskriegen bekommen können.
- Aufladung dieser Konflikte mit Massenvernichtungswaffen bis hin zur Nuklearisierung (z.B. zwischen Indien und Pakistan) und
- asymmetrischer Terror

auszuschalten. Hierzu ist es wiederum erforderlich, dass

- der Kampf gegen den Terrorismus bis zu dessen vollständigen Niederlage geführt werde;
- eine vorbeugende Diplomatie einzusetzen, um eine verhängnisvolle Verbindung der o.g. vier Elemente zu verhindern.

²⁹ Bundeskanzler Schröder am 13.09.2002 vor dem Deutschen Bundestag; vgl. hierzu: www.bundestag.de; 14. Wahlperiode, 253. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 13.09.2002, Seite 25583.

³⁰ Interview von Bundesaußenminister Fischer mit der Mittelbayerischen Zeitung zu einer Intervention im Irak und zum Nahostkonflikt vom 04.09.2002 (vgl. hierzu: www.auswaertiges-amt.de; Link: web-Archiv).

³¹ Süddeutsche Zeitung vom 05.08.2002, S.1.

³² Interview von Außenminister Fischer mit dem Flensburger Tageblatt am 28.08.2002 (vgl. hierzu: www.auswaertiges-amt.de; Link: web-Archiv)

- Schließlich: Die Neuordnung der Weltordnung nach dem Ende des Kalten Krieges muss zu einem globalen kooperativen Sicherheitssystem führen, das nicht mehr nur auf einer Ebene als globale Sicherheit durch die Großmächte und ihre jeweiligen Bündnis-systeme definiert wird³³.

Die entscheidende Frage für Fischer war, ob dieser Neuordnungsansatz kooperativ (BRD) oder konfrontativ (USA) vorgenommen wird³⁴.

Darüber hinaus machte er darauf aufmerksam, dass³⁵:

- die Containmentpolitik gegenüber dem Irak funktioniert hat,
- ein Flächenbrand in Nahost zunächst einmal Europa und nicht die USA bedrohen würde,
- die Krise um den Irak einmal mehr zeigt, dass Europa weitere Anstrengungen hin zu einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion unternehmen muss und
- der irakische Diktator alle Resolutionen der Vereinten Nationen erfüllen muss.
- Außerdem lehnte er ein Ultimatum im Hinblick auf die Rückkehr der Waffenspektoren in den Irak ab, da dieses – bei Nichterfüllung – einen Automatismus in der Anwendung von militärischer Gewalt in Gang setzen würde.

Während er schon zu Beginn des Wahlkampfes versprach, dass er die Irakfrage - sollte sich in diesem Zusammenhang eine neue sicherheitspolitische Lage entwickeln - in seiner Funktion als deutscher Außenminister und nicht als Wahlkämpfer analysieren werde³⁶, verortete er die Gründe dafür, dass man sich in der Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt überhaupt mit dem Thema „Irak“ konfrontiert sehe, nicht originär im laufenden deutschen Wahlkampf. Diese hätten ihren Ursprung in der inneramerikanischen Auseinandersetzung, der man sich zwangsläufig nicht entziehen könne. Damit schob er wie bereits zuvor führende Sozialdemokraten - wenn man so will, vorausschauend und ahnend, was diese Diskussion im transatlantischen bzw. im spezifisch deutsch-amerikanischen Verhältnis anrichten werde - schon zu Beginn der Diskussion die Schuld über die angespannte sicherheitspolitische Lage der Bush-Administration Washington zu. Im Hinblick auf die Thematisierung der Irak-Krise ging Fischer in die Offensive und warf nunmehr der Union – und hier namentlich Schäuble mit seiner „*voreiligen Festlegung auf eine deutsche Beteiligung an einem Militäreinsatz*“ – vor, die Auseinandersetzung mit dem Thema Irak „*in eine völlig falsche Richtung gelenkt*“³⁷ zu haben. Flankendeckung in seinem Versuch, die deutsche Haltung von den Vorwürfen eines möglichen Zerwürfnisses im westlichen Lage schon in dieser Phase möglichst abzuschirmen, erhielt Fischer dabei vom stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Müller, der mögliche, aus unterschiedlichen Haltungen entstehende Irritationen innerhalb der Europäischen Union wiederum dem britischen Premierminister Tony Blair anlastete. Denn durch dessen vehemente Fürsprache für eine militärische Entwaffnung des Iraks innerhalb der Gemeinschaft gerate

³³ Nach den Vorstellungen Fischers müsse sich diese global-kooperative Sicherheit wiederum auf drei Ebenen bewegen:

Ebene 1: Hier operieren die großen Mächte und ihre Bündnisysteme

Ebene 2: Die regional-globale Ebene (Naher Osten, indischer Subkontinent)

Ebene 3: asymmetrische Ebene (d.h. dort, wo Terrorismus entsteht oder wo Bürgerkriege wüten, muss Stabilität geschaffen werden).

³⁴ Außenminister Fischer am 13.09.2002 vor dem Deutschen Bundestag; vgl. hierzu: www.bundestag.de, 14. Wahlperiode, 253. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 13.09.2002, Seite 25593f.

³⁵ Vgl. hierzu: Interview von Bundesaußenminister Fischer mit dem Deutschlandfunk und dem Flensburger Tageblatt zu einer Intervention im Irak vom 28.08.2002, der Mittelbayerischen Zeitung vom 04.09.2002 und dem Handelsblatt vom 06.09.2002 (vgl. hierzu: www.auswaertiges-amt.de; Link: web-Archiv)

³⁶ Interview Fischers in der Süddeutschen Zeitung vom 07.08.2002, S.9.

³⁷ Interview Fischers in der Süddeutschen Zeitung vom 07.08., S.9.

„die bisherige Grundhaltung der EU, solchen Militäreinsätzen sehr distanziert gegenüberzustehen, ins Rutschen“³⁸.

Bundeskanzler Schröder indes erteilte einer möglichen, auch nur finanziellen Beteiligung Deutschlands bei einem Irakkrieg eine klare Absage, denn die Bundesrepublik sei

„längst kein Land mehr, in dem Scheckbuchdiplomatie Politik ersetzt“³⁹.

Dies gelte – wie er und Generalsekretär Müntefering mehrfach im Wahlkampf wiederholten – auch für den Fall, dass ein militärisches Vorgehen gegen Bagdad durch ein Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gedeckt wäre. Vielmehr leistet(e) Deutschland im Rahmen von „nation-building“ in Afghanistan und im Kampf gegen den Internationalen Terrorismus bisher schon einen – auch finanziell – wichtigen Beitrag für die internationale Sicherheit v.a. außerhalb Europas. So habe die Bundesrepublik – wie der Kanzler in einem ARD-Interview am 09.08. nochmals in Erinnerung rief – nach den Vereinigten Staaten die

„zweitmeisten Truppen in internationalen Einsätzen. Damit ist die Grenze dessen, was von uns sinnvollerweise verlangt werde kann, erreicht“⁴⁰.

Damit waren die Grundkoordinaten für den nunmehr von Schröder im Wahlkampf definierten „deutschen Weg“

(„Wir lassen uns nicht in Kriegsabenteuer verwickeln. Wir machen einen deutschen Weg und lassen uns nicht vereinnahmen“⁴¹)

– ein Passus, der in den nächsten Wochen zum geflügelten Wort des SPD-Wahlkampfes werden sollte – festgelegt. Auch wenn sein Außenminister auf einer Wahlkundgebung Anfang August in Bremerhaven bedauerte, dass die Irakkontroverse überhaupt auf die Tagesordnung gekommen sei und er sich gleichzeitig von dieser unglücklichen Wortkombination distanzierte. Der amerikanischen Regierung müsse zwar eindeutig zu Verstehen gegeben werden, dass Deutschland und die sie führende Bundesregierung eine entschieden andere Position einnehme, doch müsse dies mit einer europäischen, nicht aber deutschen Stimme geschehen⁴².

Allerdings machte Bundeskanzler Schröder Mitte August darauf aufmerksam, dass sich „das Wort vom

„deutschen Weg“ ... inhaltlich keineswegs auf die internationale Politik [bezog]. Gemeint war zunächst einmal das, was wir an Balance zwischen Kapital und Arbeit im Inneren schaffen; dass es also um Veränderungen, aber auch um sozialen Zusammenhalt geht. Das knüpft an den Begriff vom „Modell Deutschland“ an. Das Wort soll deutlich machen, dass das sich entwickelnde Europa nicht nur ein Markt im ökonomischen Sinn sein soll, sondern auch ein Ort sozialer Interaktionen“⁴³.

³⁸ Rheinische Post vom 05.08.2002, S.1.

³⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05.08.2002, S.1.

⁴⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.08.2002, S.2.

⁴¹ Generalsekretär Müntefering gegenüber dem Frankfurter Allgemeine Business-Radio am 05.08.2002 (vgl. hierzu: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.08.2002, S.1. Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, Stiegler, bemühte wenige Wochen später sogar einen historischen Vergleich, in dem er Präsident Bush mit einem römischen Caesaren verglich, der sich so benehme, „als sei er der Princeps Caesar Augustus und Deutschland die Provinz Germania“. Die Vereinigten Staaten verstehen sich insoweit als das „neue Rom“ und betrachteten ihre Bündnispartner – namentlich die Bundesrepublik – lediglich als „Verfügungsmasse“ (vgl. hierzu: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.09.2002, S.2).

⁴² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.08.2002, S.1.

⁴³ Interview mit Bundeskanzler Gerhard Schröder in der Zeit vom 15.08.2002, S.3f.

Dem von der Opposition lancierten Versuch, aus diesem „Weg“ einen „deutschen Sonderweg“ a lá Rapallo herauszulesen, erteilte er indes eine entschiedene Absage.

Doch auf der anderen Seite konnte diese Position – wie Verteidigungsminister Struck Ende August andeutete - in der Konsequenz bedeuten, dass selbst, wenn ein Mandat des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zur militärischen Durchsetzung der entsprechenden Resolutionen im Hinblick auf den Irak vorliegen würde, sich die Bundesregierung nicht verpflichtet fühle, zwangsläufig daran teilzunehmen⁴⁴.

Insgesamt konnte Schröder sich bei seiner Taktik, neben der Instrumentalisierung der Hochwasserkatastrophe im Ostdeutschland im Verlauf des August zunehmend verstärkt auch auf die angespannte internationale Lage einzugehen, einer breiten Zustimmung der Bevölkerung sicher sein. Und zwar so lange, wie es ihm gelang, sich mit seiner strikt ablehnende Haltung zu einer militärischen Lösung der Irakfrage der verunsicherten Öffentlichkeit als *den* Garanten für eine friedliche Beilegung der internationalen Spannung um den Irak darzustellen. Die Zahlen gaben ihm dabei recht. Denn laut einer Umfrage des ZDF-Politbarometers vom 05.08. lehnten 81 % der Deutschen eine Beteiligung der Bundesrepublik bei einem Militäreinsatz gegen den Irak ab⁴⁵. Dies war auch genau der Tag, an dem das SPD-Präsidium in Hannover seinem Beschluss fasste, sich unter keinen Umständen an einem möglichen Krieg zur Entwaffnung des Iraks oder an einer militärischen Entmachtung Saddam Husseins zu beteiligen.

Die Position der CDU / CSU

Die Union tat sich – nachdem ihr von Schröder das Thema „Irak“ überraschend und unvorbereitet aufoktroiert wurde - mit den ersten Stellungnahmen zu diesem Gegenstand relativ schwer. Sie erweckte in der Auseinandersetzung bisweilen den Eindruck, unterschiedliche Positionen im Hinblick auf ein mögliches militärisches Vorgehen gegen den Irak einzunehmen.

Zunächst tat man von Seiten der Opposition in den ersten Augusttagen den Schritt der SPD zunächst mit dem Vorwurfs ab, Schröder und die SPD griffen nunmehr aus Ermangelung anderer zugkräftiger Themen auf diesen Trick bzw. dieses Ablenkungsmanöver zurück, um sich angesichts der mageren wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Bilanz in der Wählergunst wieder besser zu positionieren. Darüber hinaus beging man den schweren Fehler, die nun losgetretene Irakkontroverse als eine Scheindiskussion abzustempeln, die sich zu diesem Zeitpunkt eigentlich doch gar nicht stelle. So handelte es sich nach Worten von CDU-Generalsekretär Meyer bei einem möglichen Einsatz deutscher Soldaten im Irak ohnehin nur um eine

„völlig theoretische Frage“⁴⁶,

die eigentlich nicht zur Diskussion stehe. Wenige Tage zuvor hatte bereits CSU-Chef Stoiber erklärt:

„Ich glaube, dass es keinen Sinn macht, solche hypothetische Fragen zu erörtern - und da vielleicht auch noch Angst zu erzeugen“⁴⁷.

⁴⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.08.2002, S.1.

⁴⁵ Roth, Dieter / Jung, Matthias: Ablösung der Regierung vertagt: Eine Analyse der Bundestagswahl 2002; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49-50 / 2002, S.12. Auch die modifizierte Frage, ob sich Deutschland auf jeden Fall, nur im Rahmen eines VN-Mandats oder auf gar keinen Fall an einem militärischen Vorgehen gegen den irakischen Diktator Saddam Hussein beteiligen sollte, ergab mit 46 % aller Befragten immer noch eine große Mehrheit für eine deutsche Nichtbeteiligung.

⁴⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.08.2002, S.2.

⁴⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05.08.2002, S.2.

Darüber hinaus gab er während eines Besuchs in Prizren (Kosovo) bei den im Rahmen der dortigen KFOR (Kosovo Force)-Mission stationierten Polizei- und Bundeswehreinheit zu bedenken, dass die Bundeswehr - zumindest was mögliche weitere Auslandseinsätze betrifft - bereits an ihre personellen und materiellen Grenzkapazitäten gelangt sei. Weitere Einsätze außerhalb des NATO-Bündnisgebiets seien nach Einschätzung der Union ohnehin nicht mehr zu verkraften. Insoweit ist auch im Hinblick auf diesen Punkt eine mögliche deutsche Beteiligung bei einer militärischen Durchsetzung der Sanktionen der Vereinten Nationen gegen den Irak eher eine hypothetische Frage. Zumal die Handlungsoptionen momentan und einzig allein bei den Vereinten Nationen bzw. der irakischen Führung in Bagdad lägen. Diese müsse uneingeschränkt die bestehenden Resolutionen des Sicherheitsrates erfüllen. Doch der Verweis des bayerischen Ministerpräsidenten auf die begrenzten militärischen deutschen Möglichkeiten auf der einen, dem den Vereinten Nationen zustehenden Handlungsmonopol auf der anderen Seite konnten das Dilemma, in der sich die Union in der Erörterung der Irakdebatte befand, nicht verdecken.

So erweckten einige Spitzenpolitiker der Union den Eindruck, der harte politische Irakkurs der Bush-Regierung müsse - notfalls auch unter Einbeziehung militärischer Gewalt - im Rahmen eines entsprechenden Mandats der Vereinten Nationen politisch mitgetragen werden, um den Druck der Völkergemeinschaft auf den Diktator am Tigris weiter aufrecht zu halten bzw. zu verstärken. Gleichzeitig sollte einen Bruch mit der amerikanischen Führungsmacht in dieser brisanten, mit Blick auf das zukünftige Vorgehen gegen den weltweiten Terror auch grundsätzlichen Frage vermieden werden. Denn sollte – wie von der SPD im laufenden Wahlkampf gefordert – von Beginn an auf die Verwendung militärischer Gewalt zur Durchsetzung der bestehenden VN-Sanktionen gegen den Irak verzichtet werden, bestand nach Ansicht von Wolfgang Schäuble, der in Stoibers Kompetenzteam für den Bereich Außen- und Sicherheitspolitik zuständigen war die Gefahr, dass

„die Vereinten Nationen ... jede Möglichkeit [verlieren], nicht mit militärischen Maßnahmen, sondern durch politischen Druck das Ziel der Friedenssicherung zu erreichen, wenn die Mitglieder der Vereinten Nationen sagen: Was immer ihr beschließt, wir sind jedenfalls nicht dabei. – Das hat keinen Sinn. Das ist der Fehler dieser Regierung. Sie haben die Vereinten Nationen geschwächt. Deswegen stoßen Sie mit dieser Politik im Irak Saddam Husseins auf Zustimmung – das ist wahr -, aber vor dieser Art von Zustimmung sollten Sie sich eigentlich fürchten“⁴⁸.

Wohlwissend, dass dieser konträre und zumal in der breiten Öffentlichkeit unpopuläre Standpunkt gegenüber dem strikten Anti-Kriegskurs der Regierungskoalition es der Union schwer machen würde, auf diesem Politikfeld ebenfalls zu punkten, erklärte deren Kanzlerkandidat, es gebe in dieser Frage

„keine unterschiedlichen Positionen“⁴⁹

zwischen den beiden großen Parteien. Erst als sich zunehmend Kritik regte, die Haltung der CDU / CSU in der Vorgehensweise gegen Saddam Hussein sei nicht ganz eindeutig und schade damit der Union erklärte Schäuble:

„Die Linie war immer: Die Frage eines Krieges stellt sich im Moment nicht“. Daher werde man auch nicht „in die vom Kanzler gestellte Falle gehen, der nur noch über den Irak reden will, um von den wirtschaftlichen Problemen abzulenken“⁵⁰.

⁴⁸ Schäuble am 13.09.2002 vor dem Deutschen Bundestag; vgl. hierzu: www.bundestag.de; 14. Wahlperiode, 253. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 13.09.2002, Seite 25623.

⁴⁹ Süddeutsche Zeitung vom 06.08.2002, S.1.

⁵⁰ Süddeutsche Zeitung vom 06.08.2002, S.1.

Zwar hielt man sich durch diesen Formelkompromiss auf der einen, durch die Vermeidung eines entschiedenen „Neins“ zu einer deutschen Beteiligung an einem militärischen Vorgehen auf der anderen Seite noch alle Optionen offen und gewann so - gerade mit Blick auf die überwältigende „pazifistische“ Mehrheit in der Bundesrepublik - einen gewissen Handlungsspielraum. Diesen konnte man je nach Bedarf in der entscheidenden Wahlkampfphase zu seinen eigenen Gunsten vergrößern, indem man sich im entscheidenden Moment doch noch gegen ein militärisches Vorgehen unter US-Führung aussprechen konnte. Doch musste der Unionsführung klar sein, dass diese Taktik nur einen Zeitaufschub bringen konnte und man mit fortlaufender Entscheidungsfindung in Washington (rückwirkend fixiert durch die Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Dick Cheney Ende August) Farbe bekennen müsse.

Als eine Art „Kompromiss“ zwischen diesen beiden Extrempositionen – d.h. definitives Nein zu einer, auch von den Vereinten Nationen sanktionierten Militäraktion; Unterstützung der harten amerikanisch-britischen Irakpolitik - erklärte Stoiber, gesetzt den Fall, dass Bagdad nicht mit den Vereinten Nationen kooperiere, müsse man sich zunächst mit den europäischen Partnern vornehmlich in der Europäischen Union abzustimmen, um so ein gemeinsames und abgestimmtes Vorgehen sicherzustellen. Dies gelte auch für den Fall, dass sich die Regierung Bush letztendlich dazu entschließen sollte, auch ohne ein entsprechendes Mandat der Vereinten Nationen militärisch im Irak zu intervenieren⁵¹. Ähnlich argumentierte auch die CDU-Vorsitzende Merkel, die bei verschiedenen Gelegenheiten im August mit Blick auf die aus ihrer Sicht zunehmende Isolierung Deutschlands in der transatlantischen Allianz nicht nur den „deutschen Weg“ strikt ablehnte. Sie forderte auch, dass von der Bundesregierung grundsätzlich verlässliche Außenpolitik und nicht frontale Verweigerungshaltung betreiben werden müsse, um auf diesem Weg gerade die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäer zu stärken⁵². Dagegen rief eine Politik, die auf die Kopplung einer deutschen Beteiligung gegen den Irak an ein Mandat der Vereinten Nationen hinauslief wiederum Kritik von Bundesaußenminister Fischer hervor. Zumal die bisher von der Bundesregierung verfolgte und unterstützte Eindämmungspolitik der Weltgemeinschaft - basierend auf den verschiedenen Resolutionen der Vereinten Nationen – doch durchaus erfolgreich gewesen sei⁵³. Ähnlich differenziert bzw. unentschlossen wie die Union in der Sache „Irak“ schien auch die FDP-Spitze um ihren Kanzlerkandidaten Westerwelle. Dieser als auch der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Gerhardt vertraten Anfang August zunächst die Auffassung, dass die Möglichkeiten einer politischen-diplomatischen Lösung noch nicht ausgeschöpft seien. Doch warnten sie gleichzeitig den Kanzler vor einem außenpolitischen Alleingang, der

„das Vertrauen in die Verlässlichkeit deutscher Außenpolitik schwer erschüttern“ würde⁵⁴.

Mit zunehmender Länge und Schärfe der innerdeutschen wie internationalen Diskussion über die richtige Vorgehensweise gegen den irakischen Diktator entstanden auch auf offizieller Ebene zunehmend Irritationen auf deutscher und amerikanischer Seite. So kam es Mitte August zu Gesprächen zwischen dem amerikanischen Botschafter in der Bundesrepublik, Coats, dem Chef des Bundeskanzleramts, Steinmeier, und dem sicherheitspolitischen Berater des Kanzlers, Dieter Kastrup. Auch wenn die Bundesregierung in diesem Zusammenhang darauf hinwies, dass derartige Gespräche zwischen Mitarbeitern des Kanzleramts und ausländischen Botschaftspersonal nichts Ungewöhnliches seien, konnten diese Beteuerung jedoch nicht verdecken, wie groß in-

⁵¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.08.2002, S.1 und 31.08.2002, S.1.

⁵² Interview mit der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel in der Welt am Sonntag vom 11.08.2002, S.2.

⁵³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.08.2002, S.2.

⁵⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.08.2002, S.2.

zwischen die Meinungsverschiedenheiten auf beiden Seiten in der Irak-Frage bereits waren. Der amerikanische Botschafter machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass Washington die von Schröder in den letzten Wochen im Wahlkampf benutzte Rhetorik für nicht angemessen hielt⁵⁵. Auch legte er die Sorge der Bush-Administration dar, dass durch die deutsche Position der internationale Druck auf das Regime in Washington genommen würde. Er stützte damit nicht nur die Position der CDU / CSU-Opposition, sondern auch die der europäischen Staaten, die – wie Spanien und Großbritannien – im Zweifelsfall bereit waren, militärisch am Golf zu intervenieren. Darüber hinaus sei seine Regierung darüber verärgert, dass Schröder ihr in seinen Wahlkampfreden vorwerfe, sie bedenke die Folgen eines Angriffs auf den Irak nur unzureichend, was quasi einer Entwertung der amerikanischen Nahost-Politik gleichkam. Zwar habe Präsident Bush dem Kanzler mitgeteilt, dass er einen Regimewechsel in Bagdad für erforderlich halte, um der Region wieder Stabilität zu geben, doch wies er gleichzeitig darauf hin, dass er (Bush) noch keine diesbezügliche Entscheidung getroffen habe⁵⁶. Auch wenn Botschafter Coats die Atmosphäre des Meinungsaustausches als gut einstufte, konnte dies jedoch nicht über die Verwunderung der deutschen Seite bezüglich der harten Kritik Washingtons an Berlin hinwegtäuschen. So hatte Regierungssprecher Heye noch am 19.08. versichert, dass der amerikanische Botschafter lediglich deshalb ins Kanzleramt gekommen war, um sich über die Position der Bundesregierung in der Irakfrage grundsätzlich zu informieren⁵⁷. Scharfe Kritik an der Bundesregierung äußerte in diesem Zusammenhang indes die Opposition. So zeige dieser Vorgang nach den Worten von Schäuble

„die ganze Rücksichtslosigkeit, mit der die Bundesregierung aus wahltaktischen Gründen und ohne jede außenpolitische Bedachtsamkeit agiert“. Außerdem habe der Kanzler die Bundesrepublik in der Irak-Frage „in eine verheerende Lage gebracht, weil er so tut, als seien in Washington Politiker am Werk, die nur darüber nachdenken, wo sie den nächsten Krieg führen können“⁵⁸.

Hatte die US-Regierung durch die Unterredung im Kanzleramt wohl insgeheim gehofft, in Hinblick auf das Irakproblem mäßigend auf die Rhetorik und die Haltung der Regierungskoalition einzuwirken, so sah sie sich darin getäuscht. Folglich sah sich der amerikanische Botschafter zwei Wochen nach dem Treffen im Kanzleramt gezwungen, seine Kritik an der Haltung der Bundesregierung zu wiederholen, ja diese graduell sogar noch verschärfte. So befürchtete er, dass

„die derzeitige Politik der Regierung ... Deutschland von der Hauptrichtung der Meinungen sogar innerhalb der Europäischen Union [isoliert]“⁵⁹.

Auch sei die deutsche Überlegung, dass die deutschen Spürpanzer in Kuwait bei einer Eskalation der Lage – hervorgerufen durch einen von den Vereinten Nationen nicht legitimierten amerikanischen Präventivkrieg – eventuell abgezogen würden, in den gegenwärtigen deutsch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten *„wenig hilfreich“*, zumal in den Vereinigten Staaten Stimmen laut werden, die

„gewisse Zweifel an der Enge der Beziehungen“⁶⁰

⁵⁵ Süddeutsche Zeitung vom 19.08.2002, S.1.

⁵⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.08.2002, S.4 und 20.08.2002, S.1.

⁵⁷ Diese Einschätzung konnte Botschafter Coats jedoch nicht unbedingt teilen. So sei es im Kern nicht darum gegangen, sich durch das Kanzleramt über die deutsche Position zu informieren oder um weitere Schritte gegen den Irak zu erörtern, sondern im Gegenteil, Berlin die amerikanische Haltung zum Irak darzulegen (vgl. hierzu: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.08.2002, S.1 und Süddeutsche Zeitung vom 22.08.2002, S.2).

⁵⁸ Süddeutsche Zeitung vom 21.08.2002, S.1.

⁵⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05.09.2002, S.1f.

⁶⁰ Ebenda. Aufgrund dieser kritischen Äußerungen des amerikanischen Botschafters gegenüber der Nachrichtenagentur dpa wurde Coats scheinbar am 04.09. zu einem Gespräch in das Auswärtige Amt gebeten, wobei man

äußerten.

Zwar war noch Anfang August aus der Regierungskoalition zu vernehmen, dass die in Kuwait im Rahmen des „Kampfes gegen den Internationalen Terrorismus“ stationierte Bundeswehreinheit (Panzer vom Typ „Fuchs“ zum Aufspüren von ABC-Kampfstoffen) zunächst nicht abgezogen werden würden⁶¹. Doch machte Außenminister Fischer in diesem Zusammenhang Ende August noch einmal deutlich, dass diese Kräfte ausschließlich im Rahmen des Auftrages und Mandats „Enduring Freedom“ eingesetzt werden, welches einen Einsatz im Irak explizit ausschließe. Da sich jedoch durch ein militärisches US-Engagement die ursprünglichen Rahmenvoraussetzungen drastisch ändern würden, war man von deutscher Seite nicht mehr gewillt, die Spürpanzer weiterhin in dem Golfemirat zu stationieren. Denn wenn – wie Verteidigungsminister Struck Ende August darauf hinwies -

„die Gefahr besteht, dass unsere Soldaten in eine kriegerische Auseinandersetzung gegen den Irak verwickelt würden, wäre das durch den Bundestagsbeschluss nicht mehr gedeckt. Dann müssten sie abgezogen werden“⁶².

Damit schien im Verlauf der Sommermonate die noch Anfang des Jahres von Bundeskanzler Schröder festgelegte Linie obsolet geworden zu sein. Denn dieser soll im Zusammenhang mit der Stationierung der deutschen Spürpanzer in einem vertraulichen Gespräch mit den Partei- und Fraktionsvorsitzenden erklärt haben, dass die deutschen Spezialkräfte der Bundeswehr selbst dann nicht aus Kuwait abgezogen würden, wenn sich die Regierung in Washington für ein militärisches Vorgehen gegen den Irak entscheiden solle. Der Kanzler befürchtet, dass durch eine derartige deutsche Maßnahme - vorausgesetzt, es käme von irakischer Seite sodann zu einem Einsatz von ABC-Waffen - ernste und negative Konsequenzen für das deutsch-amerikanische Verhältnis entstehen würden⁶³.

Trotz der zunehmenden Irritationen zwischen Berlin und Washington über die richtige Vorgehensweise gegen das Regime in Bagdad sah Schröder das Verhältnis zwischen beiden Ländern zunächst nicht als belastet. Auch versicherte er, dass die US-Regierung keinerlei Druck auf seine Regierung in dieser Frage ausübe. Sollte es im weiteren Verlauf der politischen Auseinandersetzung doch dazu kommen, so machte der Kanzler bei einem Vortrag vor dem Verein der Auslandspresse in Berlin klar, dass

jedoch von deutscher Seite bemüht war, diese Unterredung nicht als „Einbestellung“, sondern als eine Art „Einladung“ darzustellen.

⁶¹ Die in Kuwait stationierte Bundeswehreinheit bestand zu diesem Zeitpunkt aus sechs Spürpanzern vom Typ „Fuchs“ mit insgesamt 52 Mann Besatzung, die nach der Beendigung einer militärischen Übung im März 2002 in Kuwait verblieben waren, um bei etwaigen terroristischen Anschlägen mit biologischen und chemischen Waffen die dortige Bevölkerung zu schützen. Grundlage hierfür war das Mandat des Bundestags vom November 2001.

⁶² Berliner Zeitung vom 30.08.2002, S.1. Ähnlich äußerte sich indes auch CSU-Chef Stoiber, der sich ebenfalls dagegen aussprach, die deutschen ABC-Abwehrkräfte im Rahmen eines Alleingangs der amerikanischen Regierung gegen den Irak einzusetzen. Sollte eine derartige Situation eintreten, so müsse auch über einen Abzug der Bundeswehreinheiten nachgedacht werden (vgl. hierzu: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.08.2002, S.1).

⁶³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.08.2002, S.1. Während Außenminister Fischer erklärte, dass er sich nicht an eine solche Aussage Schröder im Kabinett erinnern könne, war aus anderen Regierungskreisen zu vernehmen, dass die damalige Befürchtung Schröders ausschließlich im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu verstehen sei, sich die sicherheitspolitische Lage jedoch nunmehr geändert habe und diese Position insoweit relativiert werden müsse. Gleichzeitig wies man von deutscher Seite nochmals darauf hin, dass den Resolutionen der Vereinten Nationen im Hinblick auf den Irak weiterhin Geltung verschafft und der politische Druck auf das Regime in Bagdad aufrechterhalten werden müsse (vgl. hierzu:

„wir ... nicht auf Druck [reagieren]. Das hat mit unserem Selbstbewusstsein zu tun“⁶⁴.

Zum Ende der dritten Augustwoche indes schien sich die Krisenpolitik der Bundesregierung in Sachen Hochwasser als auch ihre entschiedene Ablehnung eines militärischen Vorgehens gegen den Irak erstmals in den Umfragewerten niederzuschlagen. Lag in der ersten Augustwoche der Themenkomplex Terror / Krieg und Frieden mit 6 % noch weit abgeschlagen hinter den Themen Arbeitslosigkeit (79 %), gefolgt von der Wirtschaftslage (16 %), dem Themenkomplex Affären / Politikverdruss / Politische Akteure (11 %), Euro / Preiserhöhung (9 %) und Zuwanderung / Ausländer (7 %) auf dem sechsten Platz, so schob ihn die angespannte internationale Lage nun zunehmend in das Rampenlicht der Öffentlichkeit⁶⁵.

Bei der Sonntagsfrage erhielt die SPD 38 % (Veränderung gegenüber Ende Juli: + 2 %), die CDU / CSU 39 % (-2 %), die FDP 9 % (+ / - 0 %), Bündnis 90 / Die Grünen 7 % (+ 1 %), die PDS 4 % (- 1 %) und die Sonstigen 3 % (+ / - 0 %). Gleichzeitig gelang es Schröder in der sog. „Kanzlerfrage“, seinen Vorsprung gegenüber seinem Herausforderer Stoiber noch einmal zu vergrößern. So wünschten sich nunmehr 55 % der Deutschen Schröder als Kanzler, während Stoiber nur noch auf 36 % der Stimmen kam⁶⁶, wobei

„schließlich ... die Popularitätskurven der beiden Spitzenkandidaten zunehmen weiter auseinander[ging], so dass ... in der Woche vor der Wahl 58 % der Deutschen Gerhard Schröder als Bundeskanzler präferieren und nur 34 % sich für Edmund Stoiber aussprechen“⁶⁷.

Schlüsselt man diese „K-Zahlen“ nach einzelnen ausgewählte (subjektive) Charaktereigenschaften bzw. Politikfeldern auf, so zeigt sich, dass Stoiber dem Amtsinhaber ist fast allen relevanten Bereich deutlich unterlegen war. So lag er nicht nur im Bereich der Sympathie mit 17 % (Schröder: 63 %), sondern auch in den Bereichen Siegertyp mit 13 % (Schröder: 61 %) und Glaubwürdigkeit mit 20 % (Schröder: 40 %) ebenso deutlich zurück wie in den Fähigkeiten,

- deutsche Interessen zu vertreten (21 % zu 52 %),
- eine Regierung zu führen (22 % zu 42 %) und
- zukünftige Probleme zu lösen (26 % zu 34 %)⁶⁸.

⁶⁴ Süddeutsche Zeitung vom 22.08.2002, S.2 und 4.

⁶⁵ Süddeutsche Zeitung vom 10.08.2002, S.9. So lehnten eine deutschen Beteiligung in einem Krieg gegen den Irak im Befragungszeitraum vom 05. bis 08.08. 81 % der Deutschen ab, 15 % plädierten für ein deutsches Engagement, 5 % waren unentschlossen. Dagegen konnten Bundeskanzler Schröder – u.a. durch sein entschiedenes Nein zu einer deutschen Beteiligung in einem möglichen Golfkrieg - seinen Vorsprung gegenüber seinem Herausforderer Stoiber in der Kanzlerfrage weiter ausbauen. So wollten 50 % Schröder weiterhin im höchsten Regierungsamt sehen (Stoiber: 38 %).

Die Ergebnisse beruhen auf Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen in der Zeit vom 05.-08.2002.

⁶⁶ Süddeutsche Zeitung vom 24.08.2002, S.7. Die Umfrageergebnisse beruhen auf Befragungen, die die Forschungsgruppe Wahlen in der Zeit vom 19.-22.08.2002 durchgeführt hat.

⁶⁷ Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Bundestagswahl – Eine Analyse der Wahl vom 22.September 2002 (zugleich: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.108., September 2002); S.17. Sicherlich war in diesem Wahlkampf die sog. „K-Frage“ die wichtigste, doch zeigt das knappe Wahlergebnis letztendlich auch, dass sich die Wahlberechtigten in ihrem Wahlverhalten zu einem hohen Prozentsatz (noch immer) an den jeweiligen Parteien bzw. an der von ihnen vertretenen Wahlprogrammatik orientieren; wäre es anders, so hätte die SPD einen beachtenswerten Wahlerfolg erzielen müssen.

⁶⁸ Roth, Dieter / Jung, Matthias: Ablösung der Regierung vertagt: Eine Analyse der Bundestagswahl 2002; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49-50 / 2002, S.14. Besser schnitt Stoiber allerdings in der Bewertung der Frage ab, wer eher imstande sei, neue Arbeitsplätze zu schaffen (33 % zu 18 % von Schröder) und die wirtschaftlichen Probleme zu lösen (33 % zu 24 %). Allerdings konnten diese Kompetenzzuweisungen letztendlich nicht verhindern, dass in der Woche vor der Wahl 58 % der Befragten lieber Schröder als Stoiber (34 %) als Bundeskanzler wollten. Dieser Wert lag - natürlich auch bedingt durch das medienwirksame „Krisenmanagement“ des Kanzlers während des August-Hochwassers - in den neuen Bundesländern mit 65 % zu 27 % sogar noch um einiges höher. Doch auch im südlichen Bundesgebiet lag Schröder mit 52 % (Stoiber: 39 %) in der Kanzlerfrage noch deutlich vor dem bayerischen Ministerpräsidenten.

Während die SPD unter dem Eindruck der neuesten Umfrageergebnisse und dem ersten Fernsehduell zwischen Schröder und Stoiber am 25.08. nun von einem Wendepunkt im Kampf um die Regierungsverantwortung sprach, musste die Union demgegenüber einräumen, dass die Hochwasserkatastrophe in den neuen Bundesländern (einschließlich des Krisenmanagement) in erster Linie der Regierung genützt habe. Dennoch gaben sich CDU-Chefin Merkel als auch Kanzlerkandidat Stoiber siegesgewiss, denn die Wähler wüssten – so der bayerische Ministerpräsident –, dass die Bundesregierung bei der Bekämpfung

„der zweiten nationalen Katastrophe, der Arbeitslosigkeit, völlig versagt hat“⁶⁹.

Mit der Rede von Vizepräsident Cheney am 27.08. vor Kriegsveteranen in Nashville / Tennessee erhielt der Streit um die richtige Vorgehensweise gegen den irakischen Diktator Saddam Hussein eine neue Qualität. Cheney, der das Land am Golf dabei als „tödliche Gefahr“ für die Sicherheit der Vereinigten Staaten bezeichnete, hob in seiner Rede hervor, dass es nunmehr nicht mehr das primäre Ziel seiner Regierung sei, den Irak dazu zu zwingen, die Waffeninspektoren der Vereinten Nationen ins Land zu lassen, sondern das Regime von Saddam Hussein zu stürzen⁷⁰.

Die Reaktionen der Regierungskoalition auf die Rede des amerikanischen Vizepräsidenten waren indes eindeutig, zumal die Bundesregierung sich in ihren Befürchtungen bestätigt sah, dass es den Vereinigten Staaten von Anfang an nicht um die Wiederaufnahme der Waffeninspektionen, sondern um einen Regimewechsel im Irak ging. Dies hätte wiederum ihre scharfe Kritik an der US-Regierung nachträglich legitimiert⁷¹. Während Schröder in der Rede Cheneys einen offensichtlichen „Zielwechsel“ in der amerikanischen Außenpolitik sah,

„der nichts mit der Politik zu tun hat, die wir gemeinsam verabredete hatten“⁷²

und diesen insoweit als „Fehler“ bezeichnete, wiederholte Verteidigungsminister Struck im Rahmen seiner Gespräche in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg stellvertretend für die rot-grüne Regierungskoalition die Warnung, dass sich ein mögliches militärisches Vorgehen der Vereinigten Staaten gegen den Irak nicht nur negativ auf die Koalition gegen den internationalen Terrorismus auswirken werde. Auch aus diesem Grund werde sich eine von der SPD geführte Bundesregierung nicht an einem solchen „Abenteuer“ beteiligen. Dagegen versuchte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Volmer (Bündnis 90 / Die Grünen) als auch der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Erler, die nationalen wie internationalen Reaktionen auf die Rede Cheneys insoweit zu relativieren, als dass man seine Ausführungen im Zusammenhang mit den im Herbst anstehenden Wahlen in den Vereinigten Staaten sehen müsse. Auf diesem Wege versuche man in Washington, innenpolitisch verloren gegangenes Terrain wiederzugewinnen bzw. die entstandene Skepsis in der eigenen Bevölkerung über die Außenpolitik zu zerstreuen, zumindest aber einzudämmen. Gleichzeitig erhoffte man sich wohl von Seiten der

⁶⁹ Süddeutsche Zeitung vom 26.08.2002, S.1. Wie nervös die Union auf die sich verschlechternden Umfrageergebnisse reagierte, mag sich u.a. daran ablesen, dass sie ankündigte, bei einem Regierungswechsel dem Meinungsforschungsinstitut Forsa alle Regierungsaufträge zu entziehen. Unmittelbarer Anlass hierzu war die Blitzumfrage, die Forsa direkt nach dem ersten Fernsehduell zwischen den beiden Kanzlerkandidaten veröffentlichte und in der Schröder in allen Kategorien besser abschnitt als sein Herausforderer Stoiber. Hingegen konnte bei Umfragen anderer Meinungsforschungsinstitute kein eindeutiger Sieger ermittelt werden. Die Union schlussfolgerte, dass Forsa von der Bundesregierung mit Aufträgen versorgt werde und genau wisse, dass diese bei einem Regierungswechsel nicht mehr zur Verfügung stehen würden (vgl. hierzu: Süddeutsche Zeitung vom 28.08.2002, S.2). Den Vorwurf, sein Meinungsforschungsinstitut sei ein Wahlkampfinstrument der SPD wies der Chef des Instituts, Manfred Güllner, jedoch entschieden zurück (vgl. hierzu: Süddeutsche Zeitung vom 29.08.2002, S.5).

⁷⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.08.2002, S.1f.

⁷¹ Süddeutsche Zeitung vom 29.08.2002, S.1.

⁷² Interview mit Bundeskanzler Schröder am 11.09.2002 auf dem Fernsehsender N24 (vgl. hierzu: www.bundesregierung.de; Link: Nachrichten).

SPD als auch der Grünen, mit diesen Hinweisen seinerseits auf Verständnis durch die amerikanische Seite für die Instrumentalisierung der Irakfrage im bundesdeutschen Wahlkampf zustoßen. Volmer - dessen Partei sich am 23.08.2002 auf einem kleinen Parteitag (Länderrat) in Berlin gegen eine deutsche Beteiligung bei einer Militärintervention festgelegt hatte – machte deutlich, dass sich an der Position der Bundesregierung zu einem möglichen militärischen Vorgehen gegen den Irak nichts geändert habe. Sie werde zusammen mit den europäischen Partnern alles versuchen, die irakische Regierung doch noch zur Wiederaufnahme der Waffeninspektionen zu bewegen. Der SPD-Politiker Erler warf dem amerikanischen Vizepräsidenten vor, dass auch er in seiner Rede die Begründung für ein legitimes militärisches Vorgehen schuldig geblieben sei. Denn es gebe zur Zeit weder Hinweise darauf, dass der Irak die Terrororganisation Al Qaida unterstütze bzw. dies in der Vergangenheit getan habe, noch, dass Saddam Hussein weiterhin nach dem Besitz von Massenvernichtungswaffen strebe⁷³. Auch Außenminister Fischer äußerte sich besorgt über den Positionswechsel der amerikanischen Regierung, zumal man von Seiten der Bundesregierung befürchtete, dass sich die Bush-Administration mit der Rede Cheney so festgelegt habe, dass eine Modifizierung dieser einmal eingenommenen Position kaum noch ohne Gesichtsverlust möglich erschien. Damit sei ein Automatismus ins Werk gesetzt worden, den man nur noch mit großen internationalen Anstrengungen stoppen könne. So wies er in einem Interview mit dem Deutschlandfunk⁷⁴ darauf hin, dass die gegenwärtige Entwicklung auf einen amerikanischen Präventivkrieg hinauslaufe, durch den aus völkerrechtlicher Sicht eine Reihe offener Fragen entstehen würden. Gleichzeitig wiederholte er seinen Vorwurf der vergangenen Wochen, dass man in Washington nicht die mit einer militärischen Intervention verbundenen Fragen und Konsequenzen wirklich

„zu Ende gedacht und zu Ende diskutiert“⁷⁵

habe, zumal die Vereinigten Staaten – einen Erfolg vorausgesetzt - mit einem derartigen Schritt eine auf Jahre ausgelegte

„Gesamtverantwortung für Frieden und Stabilität im Nahen Osten“⁷⁶

übernehmen müssten.

Kritisiert wurde in Berlin auch, dass man als Verbündeter über die neuen Pläne der Regierung Bush, den irakischen Diktator notfalls auch gewaltsam von der Macht zu beseitigen, vorab nicht informiert und somit ziemlich überrascht wurde. So wies Schröder darauf hin, dass der

„Strategiewechsel in den Vereinigten Staaten, ... uns bekannt gemacht worden durch eine Rede des amerikanischen Vizepräsidenten, und zwar eine Rede, die er öffentlich gehalten hat. Wir haben die analysiert und haben darauf unsere Position aufgebaut, die hieß: Mit uns diese militärische Intervention nicht. So, das war die Ausgangsposition, und mehr ist auch gar nicht gesagt worden“⁷⁷.

Die Union als auch die FDP nutzten dagegen die Rede des amerikanischen Vizepräsidenten dazu, Bundeskanzler Schröder persönlich für den abgerissenen Kontakt zwischen ihm und

⁷³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.08.2002, S.2 und vom 29.08.2002, S.2.

⁷⁴ www.auswaertigesamt.de/www/de/infoservice/presse/index_html?bereich_id=27&type_id=4&archiv_id=3508&detail=1

⁷⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.08.2002, S.1.

⁷⁶ Ebenda. Ein weiterer Kritikpunkt der Bundesregierung lag auch darin, dass man sich von amerikanischer Seite nicht ausreichend über den aktuellen Stand der (militärischen) Planungen informiert fühle, und dass, obwohl Präsident Bush Schröder gegenüber in der Vergangenheit versicherte habe, ihn diesbezüglich umfassend zu unterrichten.

⁷⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.09.2002, S.2. und Interview mit Bundeskanzler Schröder am 11.09.2002 auf dem Fernsehsender N24 (vgl. hierzu: www.bundesregierung.de; Link: Nachrichten).

Präsident Bush gerade in dieser angespannten Weltlage verantwortlich zu machen. So war es nach den Worten des FDP-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Gerhardt,

„bemerkenswert, dass Präsident Bush Abstimmungen mit wichtigen Partnern angekündigt hat und der deutsche Bundeskanzler dabei nicht genannt wird“⁷⁸.

Die Fortführung der Irak-Debatte im September

Mit der Taktik, die auf nationaler wie internationaler Ebene im ersten Halbjahr 2002 mehr oder weniger intensiv und kontrovers geführte Auseinandersetzung über die richtige Vorgehensweise gegen den irakischen Diktator in die heiße Phase des Wahlkampfes einzuführen, bekam die SPD neben der Hochwasserkatastrophe in den neuen Bundesländern gerade noch rechtzeitig einen zweiten Trumpf in die Hand. Durch diesen konnte sie ab etwa der zweiten Augushälfte die permanent schlechten Kompetenzwerte in Sachen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik durch die charismatische Ausstrahlung des Kanzlers und seine entschiedene Ablehnung jeglicher Gewalt gegen den Irak mehr als wettmachen. Spätestens zu Beginn des Monats September machte sich dieser Schachzug auch in den Umfrageergebnissen bemerkbar, auch wenn der Generalsekretär der CDU, Meyer, noch Ende August bzw. Anfang September optimistisch erklärte, dass

„die aktuellen Ergebnisse der Meinungsforschungsinstitute Emnid und Allensbach bestätigen, dass die Wahlkampfstrategie der Union richtig war. [...] Nach den jüngsten Umfragen erreichen CDU / CSU und FDP gemeinsam gut über 50 Prozent der Stimmen. Es belegt auch, dass die Bürger einer Koalition von CDU / CSU und FDP zutrauen, die dringenden Probleme insbesondere auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaftspolitik besser in den Griff zu bekommen. [...] Alle wesentlichen Vorbereitungen für die letzten Wochen bis zu den Wahlen sind abgeschlossen. Wir werden dabei unsere Strategie genauso konsequent umsetzen wie wir dies in den vergangenen Monaten getan haben“⁷⁹,

zumal

„die wichtigen Themen Arbeitslosigkeit, Wachstum und Beschäftigung ... auch bei der Wahlentscheidung wieder in den Vordergrund [treten]“⁸⁰.

Dagegen sah SPD-Generalsekretär Müntefering seine Partei wieder bzw. weiterhin in „Ballbesitz“:

„Die Entscheidung ist offen. Jetzt, wo die Mobilisierung und das Interesse am Wahlkampf zunimmt, zeigt sich: Die Menschen wollen keinen Kanzler Stoiber. Gerade in ernsten Zeiten sehen sie, dass Stoiber nicht echt ist. Wer mit der Krise Wahlkampf macht und das Land schlecht redet, der ist falsch für Deutschland. Stoiber liegt weit abgeschlagen hinter Gerhard Schröder“⁸¹.

Mit dem Abflachen des Interesses an der Flutkatastrophe im Osten Deutschlands Ende August traten im September die Schlagwörter wie Krieg, Irak und Terror nahezu nahtlos in das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit. Lag der Themenkomplex „Irak / Terror“ noch in der ersten Augustwoche weit abgeschlagen auf Platz sechs der wichtigsten Themen, so erreichte er im Verlauf des September mit 16 % nicht nur seinen Jahreshöchstwert, sondern schob sich damit

⁷⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.09.2002, S.2.

⁷⁹ Presseerklärung der CDU vom 28.08.2002; in: www.cdu.de; Pressearchiv 2002, Pressemitteilung 105/02

⁸⁰ Presseerklärung der CDU vom 06.09.2002; in: www.cdu.de; Pressearchiv 2002, Pressemitteilung 110/02

⁸¹ Stellungnahme von SPD-Generalsekretär Müntefering vom 30.08.2002 zu aktuellen Umfrageergebnissen verschiedener Meinungsforschungsinstitute (vgl. hierzu: www.spd.de; Pressemitteilung Nr. 389/02 vom 30.08.2002).

hinter dem Thema „Arbeitslosigkeit“ (85 %) und noch vor das Thema „Wirtschaftslage“ (14 %) immerhin an die zweite Stelle⁸². Konkreter abfragbar als diese Wortkumulation war in diesem Zusammenhang jedoch die mit der Zuspitzung der internationalen Lage und dem Herannahen des Wahltages immer relevanter werdende Frage, ob sich

- die Bundesrepublik im Zweifelsfall an einem Krieg gegen den Irak zur Durchsetzung der Sanktionen der Vereinten Nationen beteiligen soll und
- welche Partei gegenüber den Vereinigten Staaten eine kompetentere (Außen-)Politik verfolgt.

So antwortete im September 2002 auf Frage 1) „Deutschland soll sich an einem Krieg gegen den Irak ... beteiligen“:

- a) auf keinen Fall: 46 %
- b) Nur mit UN-Mandat: 50 %
- c) Auf jeden Fall: 3%.

Auf Frage 2) „Welche Partei verfolgt gegenüber den USA die beste außenpolitische Strategie“? antworteten:

- SPD: 41 %
- CDU: 27 %
- Bündnis 90 / Die Grünen: 14 %
- keine Partei: 3 %

Angesichts der politisch zunehmend distanzierteren Haltung seit dem Amtsantritt der Bush-Administration und der immer polemischeren Wahlkampfretorik (vornehmlich durch Vertreter der rot-grünen Regierungskoalition) scheint es etwas überraschend, dass im Hinblick auf den Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen überwältigende 76 % der Befragten trotz der entstandenen Irritationen zwischen beiden Ländern die Beziehungen als gut oder sehr gut bewerteten⁸³.

Dennoch gestaltete es sich für die Union und ihren Spitzenkandidaten angesichts des ihr von der SPD aufgezwungenen – auf der Vernetzung von Ausstrahlung, Popularität und eben „heißen“ Themen basierenden – Kandidatenwahlkampf zunehmend schwieriger, die Themenbereiche im tagesaktuellen Bewusstsein der Wähler(innen) zu positionieren und damit zu punkten, in denen sie bzw. Stoiber durchgehend höhere Kompetenzzuweisungen erhielt als die Sozialdemokraten (Wirtschaft, steuerliche Fragen, Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit) :

„Plötzlich ging es vielen Wählern nicht mehr um eine zumindest in Teilen bessere und erfolgreichere Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik durch eine unionsgeführte Regierung, sondern darum, ein drohendes Kriegsabenteuer mit deutscher Beteiligung zu vermeiden und dem beherzt und tatkräftig bei der Flut zupackenden, Hilfe leistenden Kanzler eine weitere Chance zu geben“⁸⁴.

Erschwerend für die Union kam hinzu, dass sie als auch ihr Spitzenkandidat mit ihrer in den vergangenen vier Wochen bisweilen etwas unschlüssig wirkenden Position in der Irak-Krise im Gegensatz zum resolut und unbeugsam auftretenden Schröder (man assoziiert fast zwangsläufig die „Ohne uns“-Bewegung der frühen 50-er Jahre) in der ohnehin skeptischen Bevölkerung

⁸² Jung, Helmut: Analyse der Bundestagswahl 2002; in: Politische Studien, Heft 387 (Januar-Februar 2003), S.26.

⁸³ Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Bundestagswahl – Eine Analyse der Wahl vom 22.September 2002 (zugleich: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.108., September 2002); S.46f. Ein Fünftel der Befragten (20 %) bewertet dieses Verhältnis hingegen als nicht gut.

⁸⁴ Jung, Helmut: Analyse der Bundestagswahl 2002; in: Politische Studien, Heft 387 (Januar-Februar 2003), S.29.

ein negatives Bild abgab. Gerade an diesem, in der heißen Phase des Wahlkampfes kontrovers diskutierten Thema lässt sich eindrucksvoll die These verifizieren, dass

„Personen und ihr Profil ... danach mehr im Mittelpunkt als Programme [stehen]. [...]. Die Vermittlung eingängiger Botschaften, die Ängste und Hoffnungen der Menschen aufnehmen, ist das Kerngeschäft jedes Wahlkampfes und Alltag politischer Kommunikation. [...]. Man wird weiter darüber streiten, ob die Kritik des Kanzlers an Plänen für eine militärische Intervention gegen den Irak nur einem Populismus geschuldet war, der anti-amerikanische Reflexe bedienen sollte, oder eine Stimme der Vernunft gegen die Irrationalität der US-Regierung zum Ausdruck brachte“⁸⁵.

Dabei gelang Bundeskanzler Schröder wesentlich rascher als seinem Herausforderer, nach einsetzender Entspannung an der „Hochwasserfront“, an der er Bundeswehrparkerbewährt an vorderster Stelle medienwirksam „mitgekämpft“ und mit entsetzter Miene unbürokratische Hilfe versprochen hatte, die durch die Rede Cheney sich scheinbar schlagartig verschärfende sicherheitspolitische Lage im Dreiecksverhältnis Vereinigten Staaten von Amerika-Irak-Vereinten Nationen wahlkampftechnisch adäquater aufzugreifen und zu seinem Vorteil auszunutzen. Schröder - und mit ihm seine Partei - legte somit gerade in der entscheidenden Phase des Bundestagswahlkampfes diejenigen Komponenten an das Thema Irak an, die einen solchen letztendlich selbst bei scheinbar hoffnungsloser Ausgangsposition noch erfolgreich machen können:

1. Ein charismatischer Spitzenkandidat, der die außenpolitische Ungewissheit in eine griffige Botschaft und - mit Blick auf zukünftige Entwicklungen in der Golfregion – eine weit weniger gefährliche Politik goss, indem er immer wieder dem verängstigten Wahlvolk erklärte, dass es mit ihm als Kanzler keine deutsche Beteiligung an einem etwaigen Krieg im Irak geben werde. Denn gerade

„wenn wenig Zeit und Aufmerksamkeit vom Wähler für die Politik aufgewendet wird, sind Botschaften markante Anhaltspunkte für die Wahlentscheidung. Besonders wirksam ist eine Botschaft, wenn konkrete Maßnahmen damit verbunden sind“⁸⁶.

War die konkrete Maßnahme beim Themenkomplex Hochwasser das Versprechen zu umfangreicher und schneller Hilfe, so manifestierte sich dies beim Thema Irak darin, sich in gewisser Weise aus der zweifelsohne international angespannten Entwicklung quasi auszuklinken bzw. eine dezidiert US-kritische Position einzunehmen. Unmissverständlich sollte der Administration in Washington, aber auch der internationalen Umwelt klargemacht werden, dass - egal, ob nun durch die Vereinten Nationen legitimiert oder nicht - bei einem militärischen Vorgehen gegen den Irak (zur Durchsetzung der Rückkehr der Waffeninspektoren oder für einen gewaltsamen Regimewechsel) mit Deutschland unter einem Bundeskanzler Schröder nicht zu rechnen ist.

2. Die Geschlossenheit sowie die Mobilisierung der SPD in dieser und anderen Sachfragen.

3. Die Konzentration des Wahlkampfes auf - wenn man so will - nur noch zwei öffentlichkeitsrelevante Themen, wobei das Thema Irak gleichzeitig als eine Art „Angriffsthema“ fungierte, dem die Union aus Rücksichtnahme auf das transatlantische Verhältnisses und die bilaterale Freundschaft mit den USA nur wenig entgegenzusetzen hatte.

War für die Regierungskoalition schon die „Jahrhundertflut“ in den östlichen Bundesländern – aus umweltpolitischen Gesichtspunkten gerade auch für Bündnis 90 / Die Grünen - ein sehr dankbares innenpolitisches Thema für die mediale Aufbereitung unter Wahlkampfbedingungen, so konnte sie am weiten Themenblock Irak nunmehr auch ihr außenpolitisches Profil schärfen. Denn zum Einen wurden die zunehmend kritischeren Äußerungen und Stellungnahmen von

⁸⁵ Schabedoth, Hans-Joachim: Populismus im Parteienwettbewerb; in: Perspektivends, Heft 1 (2003), S.6.

⁸⁶ Radunski, Peter: Erfolgreicher Wahlkampf ist auch Populismus; in: Perspektivends, Heft 1 (2003), S.20.

den beiden Spitzenkandidaten Schröder und Fischer gegenüber der als unilateral und machtpolitisch angesehenen US-Politik weiterhin sehr aufmerksam in den Massenmedien – und hier v.a. natürlich im Fernsehen – verfolgt. Sie ermöglichten so den in Teilen der bundesrepublikanischen Gesellschaft latent vorhandenen Antiamerikanismus oder präziser „Anti-Bushismus“ in der heißen Wahlkampfphase zu mobilisieren. Dabei gelang es v.a. dem Kanzler zumindest zeitweise, sich auf nationaler als auch internationaler Bühne als *der* Gegenspieler zum amerikanischen Präsidenten darzustellen und die brisante internationale Konstellation dahingehend zu nutzen, sich außenpolitisch wieder ein Stück mehr von der Vorherrschaft des als übermächtigen angesehenen amerikanischen Verbündeten zu emanzipieren. So stehe – wie Schröder anlässlich der Beratungen über den Bundeshaushaltsplan 2003 im Bundestag anmerkte –

„Bündnissolidarität auf der einen Seite, aber auch Eigenverantwortung auf der anderen. Über die existenziellen Fragen der deutschen Nation wird in Berlin entschieden und nirgendwo anders“⁸⁷.

Zum Anderen verband Schröder diese Strategie mit der einprägsamen sympathisch-populären Botschaft, nur eine von ihm geführte Bundesregierung könne durch entschiedenen außenpolitischen Antagonismus und durch Zuhilfenahme bzw. Instrumentalisierung die zu einem Waffengang am Golf entschlossene US-Administration noch aufhalten. So wurde im Wahlmonat September

„der SPD ... eher zugetraut, sich für den Frieden einzusetzen (37 vs. 29 Prozent für die Union) und eine verlässliche Außenpolitik zu betreiben (36 vs. 29 Prozent). Friedens- und Außenpolitik waren ebenfalls die Stärken der Grünen (21 bzw. 19 Prozent)“⁸⁸.

Gleichzeitig sollte und konnte so - für die meisten Wähler relativ überzeugend - Entschlossenheit in einer, im Wahlkampf fast schon als existenziell für die Sicherheit der Bundesrepublik dargestellten (akuten) Krisenlage demonstriert werden. Eine Charaktereigenschaft, die man seinem Herausforderer zumindest in dieser brisanten Sachfrage scheinbar nicht uneingeschränkt abnahm⁸⁹.

Am Ende der ersten Septemberwoche schien es so, als verfolge Schröder und die von ihm geführte Bundesregierung eine Art „Doppelstrategie“, in deren Rahmen er einerseits – gleichsam mit innen- als auch außenpolitischer Wirkung - seine Kritik an dem unilateralen Vorgehen Washingtons erneuerte. So z.B. in einem Interview in der „New York Times“, mit dem er sich an die zu einem nicht unerheblichen Teil ebenfalls recht kritisch eingestellte amerikanische Öffentlichkeit richtete⁹⁰. Möglicherweise erhoffte man sich in Berlin dadurch, die Position der Kriegsgegner in den Vereinigten Staaten – sowohl in der Öffentlichkeit als auch im politischen Establishment – zu stärken. So erklärte Außenminister Fischer – der auch oder gerade wegen seiner Krisendiplomatie in der Woche vor der Bundestagswahl die besten Werte aller Spitzenkandidat erhielt⁹¹ - nur zwei Tage nach dem Jahrestag zum 11. September vor dem Deutschen Bundestag:

⁸⁷ Bundeskanzler Schröder am 13.09.2002 vor dem Deutschen Bundestag; vgl. hierzu: www.bundestag.de; 14. Wahlperiode, 253. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 13.09.2002, Seite 25583.

⁸⁸ Brettschneider, Frank: Die Medienwahl 2002: Themenmanagement und Berichterstattung; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49-50 / 2002, S.39.

⁸⁹ Zwar versicherte Stoiber im zweiten Fernsehduell in ARD und ZDF am 08.09. wie schon in den Tagen zuvor, dass es *„mit uns ... keinen Alleingang geben [wird]“* und dass das *„absolute Entscheidungsmonopol“* für Maßnahmen gegen den Irak allein bei den Vereinten Nationen liege. Doch lies er auch erkennen, dass eine von ihm geführte Bundesregierung im Rahmen eines entsprechenden Mandats der Vereinten Nationen sich ggf. an einer militärischen Aktion beteiligen werde (vgl. hierzu: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.09.2002, S.1).

⁹⁰ Das Interview ist zu finden unter: www.globalpolicy.org/security/issues/iraq/attack/2002/0904schroeder.htm

⁹¹ Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Bundestagswahl – Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2002 (zugleich: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.108, September 2002); S.38. In der Woche vor der

„Deswegen sagen wir sehr eindeutig, dass wir angesichts der nicht absehbaren und auch, wie wir meinen, nicht vertretbaren Risiken zu einer klaren Positionierung kommen. Sie ist nicht gegen das Bündnis gerichtet, im Gegenteil. Fragen Sie doch einmal hinter vorgehaltener Hand, was diejenigen, die in den USA eine Politik des Realismus wie die, für die wir stehen, zu machen versuchen, von unserer Position halten. Wir wurden sogar darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, dass wir als großer Bündnispartner diese Position artikulieren“⁹².

Eine ähnliche Stoßrichtung schien auch der demonstrative Schulterschluss zwischen Schröder und dem französischen Staatspräsidenten Chirac zu verfolgen, durch den nicht nur die zunehmende Isolierung der Bundesregierung unter den europäischen Partnern aufgeweicht werden sollte. Denn man konnte so der amerikanischen Regierung gleichzeitig vor Augen führen, dass die deutsche Außenpolitik durch die Rochade auf die Achse Berlin-Paris immer noch einen recht großen Spielraum in der Irakkontroverse besitzt. Darüber hinaus schien sich damit für Schröder eine günstige Gelegenheit zu bieten, den seit einiger Zeit ins Stocken geratenen deutsch-französischen Motor wieder in Gang zu bringen. So hoben beide Politiker bei ihrem Treffen am 07.09. in Hannover demonstrativ hervor, dass sie in ihrer Irakpolitik in den folgenden Punkten *„völlig übereinstimmen“*⁹³:

- Ablehnung eines unilateralen – nicht von den Vereinten Nationen sanktionierten - Vorgehens der Vereinigten Staaten gegen den Irak, da dieses dazu geeignet sei, den Kampf gegen den Internationalen Terrorismus v.a. in der arabischen Welt zu unterminieren.
- Die Waffeninspektoren der Vereinten Nationen müssen ohne Vorbedingungen von Seiten des Iraks wieder in das Land einreisen und ihre Arbeit uneingeschränkt aufnehmen dürfen.
- Den Vereinten Nationen müsse bei der Lösung der gegenwärtigen Krise eine führende Rolle zufallen.
- Im Hinblick auf den 40.Jahrestag des Elysee-Vertrags sprachen sich beide Seiten dafür aus, als Konsequenz aus der gegenwärtig angespannten und kontrovers diskutierten internationalen Lage die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union weiterzuentwickeln. Bereits bei ihrem Treffen am 30.07. in Schwerin hatten sich beide Politiker dafür ausgesprochen, die militärische Komponente der GASP weiter zu integrieren. Unter diese Überlegungen fielen z.B.
 - der Ausbau eines europäischen Lufttransportkommandos,
 - ein von den Vereinigten Staaten unabhängiges satellitengestütztes Aufklärungssystem und
 - die weitgehende Integration der Führungsstäbe beider Länder.

Gerade auch in diesem Gesamtzusammenhang sollte – so erklärte Bundeskanzler Schröder – unmittelbar nach der Bundestagswahl eine

„gemeinsame, in die Zukunft gerichtete, politische Erklärung“⁹⁴

Wahl wurden die Spitzenkandidaten der Parteien mit folgenden Punkten bewertet: Schröder 1.9, Stoiber 0.4, Fischer 2.2, Westerwelle 0.6, Zimmer –0.9.

⁹² Außenminister Fischer am 13.09.2002 vor dem Deutschen Bundestag; vgl. hierzu: www.bundestag.de; 14. Wahlperiode, 253. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 13.09.2002, Seite 25595.

⁹³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 01.08.2002, S.10. Allerdings war klar, dass gerade diese Punkte sich mit dem französischen Streben nach dem parallel Aufbau von militärischen Doppelstrukturen zur Nato deckten, die von einem – noch zu gründenden - EU-Hauptquartier gelenkt werden, langfristig aber die transatlantischen Strukturen unterspülen könnten.

⁹⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.09.2002, S.2.

verabschiedet werden, um den französisch-deutschen Beziehungen eine neue Dynamik zu verleihen.

Allerdings war freilich auch nicht zu übersehen, dass diese „Übereinstimmung“ eben nicht vollständig war, denn Paris machte dem Kanzler klar, dass es – sollte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine entsprechende Resolution verabschieden – in der Frage einer möglichen militärischen Intervention gegen Saddam Hussein anderer Meinung als Berlin war.

Zum Anderen bemühte sich die rot-grüne Bundesregierung zur Monatswende August / September anscheinend, die Spannungen zwischen Berlin und Washington nicht noch weiter zu verschärfen, nachdem – neben dem britischen Premierminister Blair – scheinbar auch die niederländische Regierung auf den harten Kurs der Bush-Administration einzuschwenken schien und nun doch ein Hauch von Isolation im Bundeskanzleramt zu verspüren war. Folglich versuchte man im Gegenteil durch eine Reihe von kleineren Gesten und verbindlichen Erklärungen, wieder mit dem amerikanischen Verbündeten ins Gespräch zu kommen. Schon am 28.08. hatte Schröder – ganz im Sinne seiner unmittelbar nach den Attentaten vom 11. September 2001 zugesagten „uneingeschränkten Solidarität“ – an Präsident Bush einen Brief gerichtet, in dem er ihm auch weiterhin die deutsche Unterstützung im Kampf gegen den internationalen Terror zusagte. Die Bundesregierung werde

„alles daransetzen, im Kampf gegen den Internationalen Terrorismus erfolgreich zu sein, ohne unsere eigenen Werte preiszugeben“⁹⁵.

Gleichzeitig wertete er die spontanen Beileidsbekundungen der Deutschen unmittelbar nach den Anschlägen als

„ein eindrucksvolles Zeichen tiefempfundener Freundschaft, die unabhängig von aktuellen Meinungsverschiedenheiten dauerhaft existiert“⁹⁶.

Ähnlich einzuordnen in den Rahmen der deutschen „De-Eskalationspolitik“ ist wohl auch der angekündigte Kurzbesuch von Außenminister Fischer zur Teilnahme an der Jahrestag-Gedenkfeier zum 11. September⁹⁷.

Auch bei der Frage des Verbleibs bzw. eines möglichen Abzugs der deutschen Fuchspürpanzer aus Kuwait schien die Bundesregierung einen, das Gesicht wahrenen Kompromiss zu suchen. Denn nur so war die Ankündigung von Verteidigungsminister Struck zu verstehen, dass die im Golf-Emirat stationierten Bundeswehreinheiten – sollten sie im Verlauf eines amerikanischen Angriffs auf irgendeine Weise involviert werden - abgezogen würden. Verglichen mit der bisherigen Regierungsauffassung, dass in einem solchen Fall die deutschen Soldaten sofort abgezogen würden, da ihr Verbleib dann nicht (mehr) von dem Mandat des Deutschen Bundestags abgedeckt wäre, schien diese von Struck gewählte Formulierung der Bundesregierung eine Möglichkeit zu eröffnen, ihre bisherige Haltung graduell aufzuweichen und damit wieder etwas Spielraum für eine Annäherung an Washington zu gewinnen. Zumindest dann, wenn die Vereinigten Staaten doch eindeutige Beweise für die Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak bzw. dem Streben des irakischen Diktators nach solchen Waffen vorlegen würden⁹⁸. Einen weite-

⁹⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.09.2002, S.1.

⁹⁶ Ebenda.

⁹⁷ Am Rande des Besuchs war Fischer im Rahmen eines Essens, zum dem der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Annan, eingeladen hatte auch kurz mit Präsident Bush zusammengekommen, ohne dass in der Presse Einzelheiten über den Inhalt des Gesprächs bekannt geworden waren (vgl. hierzu: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.09.2002, S.2).

⁹⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.09.2002, S.1. Noch wenige Tage zuvor hatte Schröder erklärt, dass er dem Bundestag keinen Antrag vorlegen werde, der den Auftrag der Bundeswehreinheiten in Kuwait erweitern werde. Diese seien im Rahmen des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus dort stationiert; hingegen

ren „Testballon“ im Rahmen dieser neuerlichen Annäherung ließ der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Erler, steigen, der mit einer entsprechenden Äußerung zunächst den Eindruck vermittelt hatte, als könne sich die Bundesrepublik am Aufbau einer entsprechenden Drohkulisse gegenüber dem Irak beteiligen, um auf diesem Weg die Rückkehr Waffeninspektoren der Vereinten Nationen zu erzwingen⁹⁹. Und auch in der (völkerrechtlich) relevanten Frage der Zurverfügungstellung deutscher Infrastruktur für den Nato-Partner USA sowie der Genehmigung von entsprechenden Überflugrechten im Rahmen eines möglichen US-Aufmarsches auf Golf wollte man von deutscher Seite wohl nicht noch mehr Öl ins Feuer gießen. So erklärte das Auswärtigen Amt als auch das Bundesverteidigungsministerium Mitte des Monats, die derzeitige Rechtslage werde sorgfältig geprüft, auch wenn Schröder in den vergangenen Wochen immer wieder betont hatte, dass über die Frage der Überflugrechte amerikanischer Militärmaschinen erst dann von Seiten der Bundesregierung entschieden werde, wenn dies akut sei¹⁰⁰. Hintergrund hierfür könnte das Streben der Bundesregierung gewesen sein, zumindest diesen Aspekt der Irakdebatte möglichst aus der öffentlichen Diskussion herauszuhalten, um so nicht zu einer vorzeitigen Festlegung gezwungen zu werden¹⁰¹.

Indes bemühte sich die Opposition, gut drei Monat vor dem Aufrücken der Bundesrepublik in den Sicherheitsrat, auf das mögliche Dilemma der rot-grünen Bundesregierung aufmerksam zu machen, falls diese den Vorsitz im wichtigsten Gremium der Vereinten Nationen innehaben, ihre Haltung in der Irakfrage jedoch nicht überdenken sollte. So wies der frühere Außenminister Klaus Kinkel zu darauf hin, dass

„der Vorsitz ... im Sicherheitsrat die Tagesordnung [macht], ... Beratungen [leitet], ... Vorschläge [macht], ... Anstöße [gibt]. Wie will Deutschland unter einem Bundeskanzler Schröder, der sich den härtestmöglichen Sanktionen gegen den von niemanden geliebten irakischen Machthaber Saddam von vornherein verweigert, das eigentlich machen“¹⁰²?

Und die CDU-Vorsitzende Merkel wandte sich im Rahmen der Haushaltsdebatte des Bundestags am 13.09., also unmittelbar nach der Rede von Präsident Bush, in der dieser ankündigte, in der Irak-Krise zunächst noch einmal den Weg über die Vereinten Nationen zu gehen, an Bundeskanzler Schröder:

passte das Vorhaben der Vereinigten Staaten, Saddam Hussein zu stürzen nicht in dieses Aufgabenfeld (vgl. hierzu: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 05.09.2002, S.1).

⁹⁹ Erler relativierte kurz darauf diese Äußerung dahingehend, dass sie in der Öffentlichkeit falsch interpretiert worden seien. So stehe die gesamte SPD auch weiterhin hinter dem von Schröder vertretenen Standpunkt, dass sich die Bundesrepublik auch dann nicht an einer irgendwie gearteten militärischen Aktion gegen den Irak beteiligen werde, selbst wenn diese vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen durch eine entsprechende Resolution legitimiert wäre (vgl. hierzu: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.09.2002, S.2).

¹⁰⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.09.2002, S.2.

¹⁰¹ Bereits im Zusammenhang mit dem deutschen Engagement im Kampf gegen den Internationalen Terrorismus kam es Ende 2001 zu internen Erörterungen zwischen dem Verteidigungsministerium und dem Auswärtigen Amt. Das Ergebnis dieser Gespräche war, dass der Bundesregierung – basierend auf das Stationierungsabkommen von 1954 und des Nato-Truppenstatus von 19.06.1951 – diesbezüglich eine Entscheidung zustehe bzw. sie eine entsprechende treffen müsse, wenn die Vereinigten Staaten Truppen am Golf zum Einsatz bringen, die in Deutschland stationiert sind; entsprechendes gilt für Transit dieser Streitkräfte (einschließlich Flugbewegungen). Das Abkommen aus dem Jahre 1954 besagt, dass die Vereinigten Staaten in Deutschland eine Truppenstärke stationieren dürfen, wie sie beim Abschluss des Vertrages gegeben war; eine Beschränkung im Bezug auf Einsatz / Verwendung dieser Einheiten enthielt dieser Vertrag nicht. Allerdings sei die Stationierung von US-Kräften im Zusammenhang mit den damaligen internationalen Umständen zu sehen, woraus sich im Umkehrschluss ein Verweigerungsrecht Berlins ableiten ließe, falls die Bundesregierung ein Vorgehen gegen den Irak nicht als eine Art Akt zur „Verteidigung der freien Welt“ interpretiere.

¹⁰² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.09.2002, S.2.

„Was ist jetzt nach der Rede von Präsident Bush ? Deutschland wird bald nicht-ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat sein. Wo sind Sie [Schröder; Anm. des Verfassers] denn, wenn die Briten an UN-Resolutionen arbeiten ? Sie sitzen noch nicht einmal am Katzentisch, weil Ihnen nach Ihren Reden hier in Deutschland niemand mehr ein Stück Brot abnimmt“¹⁰³.

Allerdings versuchte die Union angesichts der äußerst knappen Umfrageergebnisse der letzten Wochen ihre Position in der Irakfrage schon seit Ende August scheinbar zu modifizieren, um potentielle Wähler, die zwar zur Union tendierten, aufgrund ihrer Haltung in der Irakdebatte jedoch gewisse Zweifel hatten, quasi in letzter Minute doch noch für sich zu gewinnen.

Doch stand sie dabei mitten in der heißen Phase des Wahlkampfes vor einem nur schwer zu lösenden Problem: Einerseits durfte sie nicht den Eindruck erwecken, sie würde die Position der Bush-Administration uneingeschränkt unterschützen und damit zu einem Juniorpartner beim „Abenteuer Irak“ werden. Andererseits galt es – hier v.a. natürlich mit Blick auf die Verbündeten in Europa -, den Eindruck einer Isolation Deutschlands in der Irak-Frage zu vermeiden. Schließlich musste sie zeigen, dass sich Deutschland auch nach dem 22.September unter ihrer Führung seiner Verantwortung für die internationale Lage bewusst ist und an konstruktiven Lösungsansätzen mitarbeiten wollte. Die CDU-Vorsitzende Merkel brachte diese Aspekte auf den Punkt, indem sie am 13.September vor dem Deutschen Bundestag versichert:

„Mit uns ist in Bezug auf den Krieg genauso wenig ein Abenteuer zu machen wie in Bezug auf Wege in Deutschlands Isolation. Beide Arten von Abenteuer finden mit uns nicht statt. [...]. Natürlich kennen auch wir die Umfragen und wissen um die Meinung zu einem militärischen Einsatz im Irak. Wir wären doch blind und taub, wenn wir solche Ängste ignorierten. Aber wir müssen in diesem Hause als Menschen und als Politiker entscheiden, worin das Interesse unseres Landes besteht; beide Sichtweisen müssen zusammengehen. Deutschland ist nicht irgendein Land, sondern das größte Land in Europa. Deshalb ist gerade in diesem Punkt eine Politik der Verantwortlichkeit gefragt, nicht aber eine Politik, die das Fähnchen morgens entsprechend den Meinungsumfragen nach dem Wind hängt“¹⁰⁴.

Hatte die Opposition dem Kanzler bisher vorgeworfen, er verfolge mit seinen Vorwürfen gegen die US-Regierung wahlkämpferische Kriegshysterie und hatte sie seit den ersten Augusttagen gleichzeitig versucht, sich gegenüber der kriegsskeptischen Wählerschaft im eigenen Land nicht vorzeitig und endgültig in der Frage einer militärischen deutschen Beteiligung festzulegen, so musste man von Seiten der CDU / CSU – wollte man in der heißen Wahlkampfphase mit dem Thema Irak doch noch punkten bzw. dadurch nicht noch weiter an Zustimmung verlieren – die bisherige Position behutsam modifizieren.

So lehnten beide Parteien zwar – nunmehr entschiedener als bisher - einen möglichen amerikanischen Alleingang gegen die Regierung in Bagdad ab, ohne ihre Kritik an Kanzler Schröder zurückzunehmen, dass sich die Frage über die militärische Beteiligung an einem Vorgehen gegen das Regime von Saddam Hussein zu diesem Zeitpunkt für Deutschland überhaupt nicht stelle, weil sie selbst in den Vereinigten Staaten noch nicht abschließend beantwortet sei. Doch nachdem man sich in Washington mit der Rede des amerikanischen Vizepräsidenten nun scheinbar auf einen gewaltsamen Regierungswechsel am Tigris verständigt hatte und bereit war, diesen als Akt unilateraler Machtpolitik entweder allein oder mit einer – wie es im weiteren Verlauf der politisch-diplomatischen Auseinandersetzung hieß – „Koalition der Willigen“ zu erreichen, musste man nun von Seiten der Union eindeutiger und graduell distanzierter als bisher Position bezie-

¹⁰³ CDU-Vorsitzende Merkel am 13.09.2002 vor dem Deutschen Bundestag; vgl. hierzu: www.bundestag.de; 14.Wahlperiode, 253.Sitzung des Deutschen Bundestages vom 13.09.2002, Seite 25609.

¹⁰⁴ CDU-Vorsitzende Merkel am 13.09.2002 vor dem Deutschen Bundestag; vgl. hierzu: www.bundestag.de; 14.Wahlperiode, 253.Sitzung des Deutschen Bundestages vom 13.09.2002, Seite 25609.

hen. Kanzlerkandidat Stoiber sprach sich insoweit dafür aus, dass das Entscheidungsmonopol allein bei den Vereinten Nationen liege und ein militärischer Alleingang Washingtons insoweit nicht akzeptabel sei. Er vertrat flankierend nunmehr bei fast jeder sich bietenden Möglichkeit die Position, dass sich die internationale Staatengemeinschaft weiterhin entschieden für die Rückkehr der Waffeninspektoren der Vereinten Nationen in den Irak einsetzen müsse. Außerdem unterstrich er noch einmal seine Haltung, dass die Zustimmung seiner Partei für eine militärische Option zum Einen von einem Mandat der Vereinten Nationen und zum Anderen von einer einheitlichen Haltung der europäischen Partner abhängen, um sich so – auch im europäischen Rahmen - Einflussmöglichkeiten offen zu halten¹⁰⁵:

„Das Entscheidungsmonopol zur Sicherung des Weltfriedens liegt bei den Vereinten Nationen. Ich habe deshalb das klare Bekenntnis des amerikanischen Präsidenten zum Vorrang der Vereinten Nationen und des Weltsicherheitsrates in der Irak-Frage mit Befriedigung zur Kenntnis genommen“¹⁰⁶.

Und CSU-Landesgruppenchef Michael Groß erklärte noch etwas zurückhaltender, dass selbst ein entsprechendes Mandat der Vereinten Nationen nicht automatisch eine deutsche Beteiligung an einem Militärschlag gegen den Irak einschließe¹⁰⁷.

Zuvor hatte bereits Schäuble die Rede Cheney mit der Bemerkung kommentiert, dass diese nichts daran ändere,

„dass die Bemühungen der Staatengemeinschaft nach wie vor auf eine friedliche Lösung, nämlich auf den Erfolg der UN-Inspektionen, gerichtet sind“¹⁰⁸.

Fasst man die Haltung der CDU / CSU zum Thema Irak für Mitte September zusammen, so lassen sich dabei folgende grundsätzliche Punkte herausarbeiten¹⁰⁹:

1. Von dem Streben des Irak nach Massenvernichtungswaffen geht nicht nur eine Bedrohung des internationalen Friedens aus, sondern die Sicherheit Europas ist unmittelbar betroffen.

¹⁰⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.09.2002, S.2.

¹⁰⁶ Stoiber am 13.09. vor dem Deutschen Bundestag; vgl. hierzu: www.bundestag.de; 14. Wahlperiode, 253. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 13.09.2002, Seite 25576.

¹⁰⁷ Süddeutsche Zeitung vom 29.08.2002, S.1.

¹⁰⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.08.2002, S.2.

¹⁰⁹ Vgl. hierzu auch: Antrag der Fraktion der CDU / CSU: „Für eine glaubwürdige Politik gegenüber der vom Irak ausgehenden Bedrohung“ vom 13.09.2002, www.bundestag.de, 14. Wahlperiode, Drucksache 14 / 9972, S.1f. Bereits einen Tag zuvor hatte die Bundestagsfraktion der FDP einen Antrag eingebracht (Drucksache 14 / 9948 vom 12.09.2002), der die „Handlungsfähigkeit deutscher Außenpolitik wiederherstellen“ sollte. Darin wurde die Bundesregierung u.a. aufgefordert,

- a) den von ihr eingeschlagenen „deutschen Weg“ zu verlassen und zu bi- und multilateralen Konsultationen zurückzukehren;
- b) die Initiative zu einer Gipfelkonferenz zu ergreifen, in deren Rahmen alle an der Operation „Enduring Freedom“ beteiligten Staaten einschließlich des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen teilnehmen sollten, um entstandene Irritationen in der Irak-Frage auszuräumen und ein Konzept zur Lösung der Krise auszuarbeiten;
- c) dass das Gewaltmonopol und das Primat des Völkerrechts gewährleistet bleiben muss;
- d) zusammen mit den europäischen Partner eine Resolution in die Vollversammlung der Vereinten Nationen einzubringen, in der dem Irak der Ausschluss aus der Völkergemeinschaft angedroht wird, wenn er nicht den vom Sicherheitsrat angeordneten Maßnahmen Folge leistet.

Einen Tag vor der Debatte war es in den einzelnen Bundestagsfraktionen zu Beratungen darüber gekommen, ob man jeweils eigene Anträge zur Irakpolitik ins Plenum einbringen solle. Die Parteien der Regierungskoalition hatten sich schließlich dagegen ausgesprochen, um sich – so ist zu vermuten - nicht für die Zeit nach dem 22.09. auch noch durch einen entsprechenden Bundestagsbeschluss bei der weiteren Vorgehensweise in der Irakfrage zu binden

2. Ablehnung einer unilateralen, nicht vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sanktionierten militärischen Lösung der gegenwärtigen Irak-Krise.
3. Verstärkung des internationalen Drucks auf das irakische Regime.
4. Alle Entscheidungsbefugnisse – einschließlich eines möglichen militärischen Vorgehens gegen den Irak zur Durchsetzung der Sicherheitsratsresolutionen – soll ausschließlich bei den Vereinten Nationen liegen.
5. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union als auch die europäischen Mitglieder der NATO müssen im Hinblick auf die weitere Vorgehensweise gegen das irakische Regime (wieder) zu einer gemeinsamen Position zusammenfinden.
6. Dem Irak ist auf der Grundlage der französischen Vorstellungen eine Frist zur Wiederzulassung der Waffeninspektoren zu setzen.
7. Die außenpolitische Isolation Deutschlands in und außerhalb Europas – hervorgerufen durch wahltaktisches Instrumentalisieren der Irak-Krise durch die Bundesregierung – muss überwunden werden.
8. Demzufolge werde es nach dem 22.09. das erste (außenpolitische) Ziel einer CDU / CSU geführten Bundesregierung sein, entsprechende Gespräche mit den Verbündeten Deutschlands – und hier natürlich zuerst mit den Vereinigten Staaten – zu führen, um entstandene Irritationen auszuräumen.

Dagegen lassen sich die Äußerungen und Befürchtungen Schröders bzw. der rot-grünen Bundesregierung zum Thema Irak für die gesamte Wahlkampfphase wie folgt zusammenfassend darstellen:

1. Nach dem 11.09.2001 ging es darum, den Vereinigten Staaten den Beistand Deutschlands im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zuzusichern. Dies habe die Bundesrepublik in eindrucksvoller und solidarischer Weise durch eine Reihe von innen- wie außenpolitischen Maßnahmen (Stichwort: Afghanistan) getan.
2. Damit verbunden ist der Verweis der rot-grünen Bundesregierung, dass die Mission „Enduring Freedom“ einschließlich des „nation building“ in Afghanistan noch nicht beendet, im Gegenteil, bei einem möglichen Krieg am Golf wieder akut gefährdet sei.
3. Der Bush-Administration wird vorgeworfen, sie treibe mit ihrer Irak-Politik ein riskantes Spiel, da dadurch im Nahen Osten ein neuer Konfliktherd entfacht werde (neben dem zwischen Israelis und Palästinensern), der sich schnell zu einem Flächenbrand ausbreiten könnte.
4. Die Vereinigten Staaten haben für eine schlüssige Nahostpolitik, in der die (militärische) Beseitigung des irakischen Regimes ein zentraler Punkt ist, kein wirkliches Konzept.
5. Mit einer militärischen Intervention im Irak würde der Westen mit Blick auf den Nahen Osten vollkommen falsche Prioritäten setzen. Denn eine – von der Völkergemeinschaft ausgesprochene - Legitimation für einen derartigen Schritt gibt es nicht.
6. Deutschland werde sich unter einer rot-grünen Bundesregierung auch dann nicht an einem Krieg in der Golfregion beteiligen, wenn ein entsprechendes gewaltlegitimierendes Mandat des Sicherheitsrates vorliegt.
7. Die Grenze der Belastbarkeit der Bundeswehr ist erreicht. Auch aus diesem Grund kann sich die Bundesrepublik nicht an einem Irak-Krieg beteiligen.
8. Der politisch-diplomatische Druck auf Bagdad muss aufrechterhalten bzw. verstärkt werden. Dies sei der einzig wirklich Erfolg versprechende Weg, damit die Waffeninspektoren der Vereinten Nationen wieder in den Irak einreisen können.

9. Die Eindämmungspolitik gegen den Irak wird auch und nur solange von den arabischen Staaten mitgetragen, wie die Vereinigten Staaten auf die Anwendung von - nicht durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen legitimierter - Gewalt gegen den Irak verzichten.
10. Deutschland ist aufgrund seiner Haltung in der Irakfrage unter den europäischen Verbündeten nicht isoliert.
11. Der „deutsche Weg“ bezog sich ursprünglich nicht auf die internationale Politik und wurde darüber hinaus von vielen missverstanden. Daher besteht auch nicht die Gefahr eines deutschen Sonderwegs à la Rapallo.
12. Die unnachgiebige Position der Bundesregierung dient auch der politischen Emanzipation der Bundesrepublik von den Vereinigten Staaten.
13. Die in Kuwait stationierten Fuchs-Spürpanzer sind dort im Rahmen des Kriegs gegen den Internationalen Terrorismus stationiert und somit eindeutig defensiv eingesetzt.
14. Für den Fall eines amerikanischen Angriffs auf den Irak ohne Mandat des Sicherheitsrates würde eine neue sicherheitspolitische Lage entstehen. Ob in diesem Zusammenhang der Einsatz der Bundeswehreinheiten sodann noch durch den Beschluss des Bundestages gedeckt ist, ist zu klären.

Die Ankündigung der irakischen Führung am 17.09., die Waffeninspektoren der Vereinten Nationen nun doch einreisen zu lassen, wurde zwar von allen Bundestagsparteien begrüßt, der Wege, der zu diesem Zugeständnis geführt hatte wurde jedoch unterschiedlich interpretiert. Die Opposition erkannte darin ein „*komplettes Scheitern der verantwortungslosen Irak-Politik der rot-grünen Bundesregierung*“. Denn letzten Endes zwang nur die in den Wochen zuvor v.a. von den Vereinigten Staaten aufgebaute Drohkulisse das irakische Regime vorläufig in die Knie, keinesfalls aber der „*Isolationstakt*“ Schröders. Die Bundesregierung hingegen hob hervor, dass im Gegenteil gerade der politische und wirtschaftliche Druck – den sie zu jeder Zeit mitgetragen habe – und nicht das Säbelrasseln der „Falken“ in Washington (Cheney, Rumsfeld, Wolfowitz) zum Erfolg geführt habe. Insoweit zeige – so Außenminister Fischer –

„das geschlossene Vorgehen im Rahmen der Vereinten Nationen ... damit erste Wirkung]“¹¹⁰.

Jetzt könnten auch deutsche Spezialisten im Auftrag der Völkergemeinschaft im Irak nach versteckten Massenvernichtungswaffen suchen. Ob allerdings eine entsprechend neue Resolution für diese Maßnahme notwendig sei und Deutschland diese sodann mittrage, hinge – so der Außenminister weiter - von deren inhaltlichen Ausgestaltung ab. Demgegenüber verlangte Stoiber, der Sicherheitsrat müsse schon deshalb eine neue Resolution verabschieden, weil die bisherigen bereits vier Jahre zurücklägen und somit keine ausreichende Basis für anfallende Maßnahmen bieten würde. In einem entsprechenden Papier müsste zum Einen ein definitiver Zeitrahmen für die vom Irak zu erfüllenden Forderungen, zum Anderen etwaige Maßnahmen (politischer und / oder militärischer Art) festgelegt werden, falls Bagdad wieder versuche, auf Zeit zu spielen.

Gleichzeitig hoffte man bei der Union wohl insgeheim, dass mit diesem Einlenken Bagdads das Thema Irak und damit v.a. die wichtige Frage einer möglichen deutschen Beteiligung an einer amerikanisch geführten Militäraktion am Wahltag vielleicht doch nicht einen zu hohen Stellenwert bei der Entscheidung der Wähler einnimmt, sondern dass die schwierige wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Lage in der Bundesrepublik letztendlich den Ausschlag gibt. Doch kam – retrospektiv betrachtet – dieser Umschwung hin zu einer Entspannung der Lage am Golf aus

¹¹⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.09.S.4 und 6. Allerdings befürchtete der deutsche Außenminister, dass jetzt, da der Irak die Einreise eines Inspektorenteams erlaubt habe, nun die Diskussion über einen gewaltsamen Regimewechsel in Bagdad wieder in den Vordergrund der internationalen Erörterungen rücke.

Sicht der CDU / CSU letztendlich zu spät. Da nützte es auch nichts, dass Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin wenige Tage vor dem Wahltermin im Rahmen einer Gewerkschaftswahlveranstaltung in Tübingen laut dem „Schwäbischen Tageblatt“ Präsident Bush im Hinblick auf seine Irak-Außenpolitik mit Hitler verglich. So sei – entgegen der in der kritischen Öffentlichkeit weit verbreiteten Meinung – nicht das Streben nach der Kontrolle über das dortige Eröl für Bush die eigentliche Triebfeder seiner Nahost- und Irakpolitik, sondern er wolle dadurch lediglich von innenpolitischen Probleme ablenken.

Zwar war die Reaktion Washingtons auf diesen unglücklichen Vergleich ungewöhnlich heftig und diese

„diplomatisch hoch sensible Reaktion der US-Regierung auf die beleidigenden und kriminalisierenden Vergleiche Däubler-Gmelins offenbart die Eiszeit, die unter der Schröder-Regierung [sic !] im deutsch-amerikanischen Verhältnis angebrochen ist“¹¹¹.

Insoweit forderten die Christdemokraten nicht nur den sofortigen Rücktritt von Däubler-Gmelin¹¹², sondern erwarteten vom Bundeskanzler,

„sich für diese Entgleisungen seines Kabinettsmitgliedes, die insgesamt auf die Bundesrepublik Deutschland zurückfallen, umgehend beim amerikanischen Präsidenten zu entschuldigen“¹¹³.

Schröder indes bemühte sich um Schadensbegrenzung und brachte unmittelbar nach dem Bekanntwerden der angeblichen Äußerungen seiner Justizministerin in einem persönlichen Brief an Bush sein Bedauern über diese Angelegenheit zum Ausdruck¹¹⁴. Aber auch wenn

„der Versuch der vormaligen Justizministerin Herta Däubler-Gmelin, im kleineren Kreis einer gewerkschaftlichen Zuhörerschaft über die Zusammenhänge zwischen innenpolitischem Problemdruck und außenpolitischer Abenteuersucht aufzuklären“¹¹⁵

gründlich misslang: Die negativen Rückkopplungen dieser Episode in der Endphase des Wahlkampfes waren schließlich nicht groß genug, um daraus einen wirklichen Skandal zu machen, der sich aus Sicht der Union in einen wahlentscheidenden Stimmenzugewinn niederschlug. Zu deutlich waren in den vergangenen sieben Wochen die Meinungsverschiedenheiten und Irritationen zwischen der Position der rot-grünen Bundesregierung auf der einen und den „Falken“ im Weißen Haus auf der anderen Seite in der Frage nach dem richtigen Vorgehen gegen den irakischen Diktator hervorgetreten als dass ein vermeintlicher Bush-Hitler-Vergleich die offenkundigen Spannungen zwischen Berlin und Washington wirklich noch einmal im Kern verstärken konnte.

¹¹¹ Presseerklärung des Generalsekretärs der CDU, Laurenz Meyer, vom 20.09.2002 (vgl. hierzu: www.cdu.de; Pressearchiv, Pressemitteilung 121/02).

¹¹² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.09. (S.1) und 21.09., S.1. In Kommentaren nicht nur konservativ orientierter Medien in den USA wurde im Verlauf der folgenden Tage daraufhin mehrfach die Frage aufgeworfen, ob die Vereinigten Staaten angesichts des offensichtlichen Antiamerikanismus in der Bundesrepublik nicht darüber nachdenken sollten, ihre ca. 70 000 noch in Deutschland stationierten Soldaten ganz oder zumindest teilweise abzuziehen.

¹¹³ Presseerklärung des Generalsekretärs der CDU, Laurenz Meyer, vom 19.09.2002 (vgl. hierzu: www.cdu.de; Pressearchiv, Pressemitteilung 119/02).

¹¹⁴ Brief von Bundeskanzler Schröder an US-Präsident Bush vom 20.09.2002 (vgl. hierzu: www.bundesregierung.de; Rubrik „Nachrichten“)

¹¹⁵ Schabedoth, Hans-Joachim: Populismus im Parteienwettstreit; in: Perspektivends, Heft 1 (2003), S.6.

Zusammenfassung

Denkbar knapp hat die rot-grüne Regierungskoalition in einem „Photo-finish“ die Bundestagswahl am 22.09.2002 gewonnen und damit von den Wählern den Regierungsauftrag für erneute vier Jahre erhalten. Doch erschien dieses Ergebnis nicht nur für die CDU / CSU, sondern wahrscheinlich auch für manchen Wähler der SPD und von Bündnis 90 / Die Grünen relativ überraschend. Denn noch bis weit in den Hochsommer hinein prognostizierten die Umfrageergebnisse nahezu aller Meinungsforschungsinstitute in der Bundesrepublik einen zwar nicht phänomenalen, aber doch deutlichen Sieg für das bürgerliche Lager aus Union und FDP. Der Hauptgrund hierfür war v.a. darin zu sehen, dass es der Regierung unter Bundeskanzler Schröder in den zurückliegenden vier Jahren nicht gelungen war, die an strukturellen Schwächen leidende Wirtschaftspolitik grundlegend zu reformieren und in diesem Zusammenhang die drückende Massenarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Denn gerade in diesen beiden - innenpolitisch relevanten - Bereichen traute man der CDU und der CSU bis zum Wahlabend mehr Lösungskompetenz zu als dem Bündnis aus Sozialdemokraten und Grünen.

Insoweit war es nicht verwunderlich, dass die Wahlkampfstrategie beide Lager – und hier v.a. der beiden großen Volksparteien - sehr unterschiedlich festgelegt worden war. Während die Union von Beginn an einen konsequenten „Kompetenzwahlkampf“ mit einem „Kompetenzteam“ an der Spitze führten, um die Regierung bei ihren Schwachstellen „Wirtschaft“ und „Arbeitslosigkeit“ bloßzustellen und letztendlich zu schlagen, vertraute diese angesichts der mageren Ergebnisse in diesen Politikfeldern in erster Linie darauf, dass ihre beiden charismatischen Spitzenkandidaten – Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer – in einer auf sie zugeschnittenen Personenwahl den bisweilen etwas „kantigen“ Herausforderer Stoiber von der Regierungsverantwortung in Berlin würden zurückhalten können.

War die SPD zunächst ohne ein wirkliches Hauptthema in die politische Auseinandersetzung gegangen, so fand sie dieses im Verlauf des Monats August im der Bewältigung der Hochwasserkatastrophe in den neuen Bundesländern. Dabei griff das medienwirksame Krisenmanagement Schröders wesentlich besser als das des bayerischen Ministerpräsidenten. Dieser tauchte erst relativ spät an der ostdeutschen „Hochwasserfront“. Ihm viel es darüber hinaus als Spitzenkandidat der Opposition ziemlich schwer, sich in einer derartigen Krisensituation – deren Handhabung in den Augen der meisten Deutschen das „Geschäft“ der Regierung sein musste – richtig zu positionieren.

Parallel dazu schob sich im Verlauf des Sommers die schon seit dem Regierungsantritt von Präsident George W. Bush schwelende Irakfrage immer stärker in den Vordergrund der internationalen Beziehungen. Der Hintergrund dieser Krise lag darin begründet, dass die Administration in Washington dem irakischen Diktator Saddam Hussein vorwarf, entgegen den einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen Massenvernichtungswaffen atomarer, biologischer und chemischer Art zu besitzen bzw. an diesen zu forschen. Dies stellte eine Gefahr nicht nur für die gesamte Golfregion, sondern auch für die äußere Sicherheit der Vereinigten Staaten selbst dar.

Viel früher als andere erkannte Schröder das darin steckende Potential für den bereits angelaufenen Wahlkampf und führte das Thema Irak nach Absprache mit dem Präsidium seiner Partei in den ersten Augusttagen in die politische Auseinandersetzung ein. „Außerplanmäßig“ hatte er und die SPD plötzlich nunmehr zwei dankbare Themen, die er geschickt im Sinne von „agenda-cutting“ und „agenda-setting“ verband. Denn während sich im Verlauf des August die Lage in den Hochwassergebieten langsam entspannte und damit an politischer Schlagkraft verlor, schob er die Frage über die richtige Vorgehensweise gegen den Irak immer stärker in den Vordergrund

der Diskussion. Dabei gelang es ihm nicht nur, sich auf der internationalen Bühne - zeitweise im Verbund mit dem in dieser Sache ebenfalls eher skeptischen französischen Staatspräsidenten Chirac - als *der* Gegenspieler zum, auf das Äußerste entschlossenen US-Präsidenten darzustellen. Er mobilisierte auch mit seiner strikten Absage an eine deutsche Beteiligung bei einem möglichen militärischen Vorgehen gegen den irakischen Diktator den in weiten Teilen der bundesdeutschen Gesellschaft verankerten Pazifismus und verband ihn wirkungsvoll mit dem in Teilen der SPD, v.a. aber im Osten Deutschlands (noch) vorhandenen Antiamerikanismus. Dies wiederum hatte darüber hinaus den positiven Nebeneffekt, dass man der PDS große Teile ihres Wählerpotentials streitig machen und damit versuchen konnte, sie aus dem neu zu wählenden Bundestag fernzuhalten. Daneben bot diese Strategie die Möglichkeit, sich außenpolitisch stärker vom übermächtigen amerikanischen Verbündeten zu abzugrenzen und dadurch wiederum das in den vergangenen Jahren merklich abgekühlte deutsch-französische Verhältnis zu verbessern. Gleichzeitig bot Schröder – im Verbund mit Außenminister Fischer - mit seiner Forderung, zunächst einmal den politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Druck auf die Regierung in Bagdad aufrechtzuhalten und bei Bedarf diesen nochmals zu verstärken, eine „lukrative“ und auf den ersten Blick weit weniger gefährliche Alternative zum möglichen Alleingang Washingtons an. Denn beide Politiker befürchteten, dass sich ein militärisches Eingreifen der Vereinigten Staaten am Golf in Verbindung mit dem Dauerkonflikt zwischen Israelis und Palästinensern zu einem Flächenbrand in der gesamten Nahostregion entwickeln könnte, der wiederum unmittelbare Folgen auch für die deutsche und europäische Sicherheit haben würde. Auch warf man in diesem Zusammenhang den USA vor, kein wirklich schlüssiges Konzept für eine stabile Nachkriegsordnung im Irak zu haben. Dabei gingen die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Widerlagern im westlichen Bündnis, der Bundesregierung auf der einen, der Bush-Administration auf der anderen Seite wesentlich tiefer, als es die im Laufe des Wahlkampfes angeführten und rhetorisch wenig diplomatischen Vorwürfe beider Seiten zeigten. Die Bundesrepublik präferierte im Verbund mit den meisten europäischen Staaten einen diplomatischen Multilateralismus, während die Supermacht jenseits des Atlantiks verstärkt dazu neigte, krisenhafte Entwicklungen im Zweifelsfall auch unilateral unter Anwendung militärischer Gewalt zu lösen.

V.a. Schröder musste sich von der Opposition den Vorwurf gefallen lassen, sein „deutscher Weg“ und seine „destruktive Totalverweigerung“ führten die Bundesrepublik im westlichen Lager in die Isolation, weil er selbst bei einem Gewalt legitimierenden Mandat der Vereinten Nationen an seiner „verantwortungslos pazifistischen“ Position festhalten wollte. Ihm gelang es jedoch, nach dem „Strategiewechsel“ der Vereinigten Staaten – symbolisiert durch die Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Cheneys vom 27.08. – nun seinerseits, der Union ihr außenpolitisches Dilemma vor Augen zu führen. Schon im August erschien deren Position betreffend der weiteren Vorgehensweise gegen Bagdad als z.T. unschlüssig. Denn während die CDU-Vorsitzende Merkel und der in Stoibers „Kompetenzteam“ zuständige Wolfgang Schäuble zunächst die Meinung vertraten, dass sich Deutschland ggf. auch ohne ein entsprechendes Mandat des Sicherheitsrates an einer Militäraktion gegen Saddam Hussein beteiligen sollte / müsse, verhielt sich Stoiber als auch Teile der CDU in dieser Frage zunächst abwartend. Zwar war ihm klar, dass eine militärische Gewalt als letztes Mittel nutzende Außenpolitik innenpolitisch – zumal im Wahlkampf - nur schwer durchzusetzen ist. Doch war er auf der anderen Seite davon überzeugt, dass eben nur die Drohung mit dem Militärischen die Rückkehr der Waffeninspektoren in den Irak letztendlich ermöglichen würde. Hinzu kam, dass man in der Union das transatlantische Verhältnis im Allgemeinen und das deutsch-amerikanische im Speziellen in dieser Frage keiner Zerreißprobe aussetzen wollte und sich daher in der Irakfrage erst so spät wie möglich festlegen wollte. Erst nach der Rede von Cheney, in der dieser unmissverständlich im Namen der US-

Regierung klarmachte, dass man den irakischen Diktator notfalls auch mit Waffengewalt von der Macht vertreiben werde, rang sich die Union zu der gemeinsamen Position durch. Man lehnte zwar eine unilaterale Vorgehensweise Washingtons ab, jedoch sah man im Rahmen eines Mandats des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und im Verbund mit den europäischen Verbündeten militärische Gewaltanwendung als legitim an und wollte sich an dieser auch beteiligen. Doch war diese ambivalente Haltung – wie sich am Wahlabend zeigen sollte – schließlich in der Bevölkerung politisch nicht durchsetzbar.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass Schröder und die von ihm geführte Koalition aus SPD und Bündnis 90 / Die Grünen die Bundestagswahl vom 22.09.2002 wohl nicht ausschließlich durch ihre Haltung in der Irakkrise gewonnen haben, doch hat diese – im Verbund mit dem „Krisenmanagement“ bei der Hochwasserflut in den ostdeutschen Bundesländern - den Wahlausgang sicherlich zu einem erheblichen Teil mit beeinflusst.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Zeitschriftenaufsätze

- Brettschneider, Frank: Die Medienwahl 2002: Themenmanagement und Berichterstattung; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49-50 / 2002
- Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Bundestagswahl – Eine Analyse der Wahl vom 22.September 2002 (zugleich: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr.108., September 2002)
- Hartenstein, Wolfgang / Müller-Hilmer, Rita: Die Bundestagswahl 2002: Neue Themen - neue Allianzen; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49-50 / 2002
- Jung, Helmut: Analyse der Bundestagswahl 2002; in: Politische Studien, Heft 387 (Januar-Februar. 2003)
- Oberreuter, Heinrich: Strategie und Profil - Zur Lage der Unionsparteien nach der Bundestagswahl; in: Politische Studien, Heft 387 (Januar-Februar 2003)
- Radunski, Peter: Erfolgreicher Wahlkampf ist auch Populismus; in: Perspektivends, Heft 1 (2003)
- Roth, Dieter / Jung, Matthias: Ablösung der Regierung vertagt: Eine Analyse der Bundestagswahl 2002; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49-50 / 2002
- Schabedoth, Hans-Joachim: Populismus im Parteienwettbewerb; in: Perspektivends, Heft 1 (2003)

Tages- und Wochenzeitungen

- Frankfurter Allgemeine Zeitung; Monatsausgabe August 2002
- Frankfurter Allgemeine Zeitung; Monatsausgabe September 2002
- Süddeutsche Zeitung; Monatsausgabe August 2002
- Süddeutsche Zeitung; Monatsausgabe September 2002
- Die Zeit; Monatsausgabe August 2002
- Rheinische Post; Monatsausgabe August 2002
- Welt am Sonntag; Monatsausgabe August 2002
- Berliner Zeitung; Monatsausgabe August 2002

world-wide-web (www)

- Presseerklärung der CDU vom 17.08.2002; in: www.cdu.de; Pressearchiv 2002, Pressemitteilung 115 / 02
- Presseerklärung der CDU vom 22.08.2002; in: www.cdu.de, Pressearchiv 2002, Pressemitteilung 104 / 02
- Presseerklärung der CDU vom 28.08.2002; in: www.cdu.de, Pressearchiv 2002, Pressemitteilung 105 / 02
- Presseerklärung der CDU vom 06.09.2002; in: www.cdu.de, Pressearchiv 2002; Pressemitteilung 110 / 02

Presseerklärung der CDU vom 19.09.2002; in: www.cdu.de, Pressearchiv 2002, Pressemitteilung 119 / 02

Presseerklärung der CDU vom 20.09.2002; in: www.cdu.de; Pressearchiv 2002, Pressemitteilung 121 / 02

Antrag der Fraktion der CDU / CSU: „Für eine glaubwürdige Politik gegenüber der vom Irak ausgehenden Bedrohung“ vom 13.09.2002; in: www.bundestag.de, 14. Wahlperiode, Drucksache 14 / 9972

Antrag der Fraktion der FDP zur Position der Bundesregierung in der Irakdebatte vom 12.09.2002; in: www.bundestag.de, Drucksache 14 / 9948

Presseerklärung der SPD vom 30.08.2002; in: www.spd.de; Pressemitteilung Nr. 389 / 02

www.bundestag.de, 14. Wahlperiode, 253. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 13.09.2002

www.auswaertiges-amt.de

www.bundesregierung.de

www.globalpolicy.org/security/issues/iraq/attack/2002/0904schroeder.htm

Sonstiges

Rede von Bundeskanzler Schröder zum Wahlkampfauftakt am 05.08.2002 in Hannover (eigene Aufzeichnung des Verfassers).

DIAS-Analysen

- | | | |
|---|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| 1 | Rainer Winkler
Die Irak-Krise im Bundestagswahlkampf 2002 | August 2003 |
| 2 | Rouven Klein
Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP): Finalität europäischer Integration und Projekt dauerhaften Friedens. Eine Konzeption auf der Grundlage der Zivilisierungstheorie von Dieter Senghaas | Oktober 2003 |
| 3 | Michaela Hertkorn
Warum die deutsch-amerikanischen Beziehungen von zentraler Bedeutung für das atlantische Bündnis sind: Deutschlands theoretische Rolle in der Mitte Europas (auch in Englisch erschienen) | November 2003 |
| 4 | Heiko Borchert
Linking Corporate Governance with Good Governance: An Increasingly Important Foreign Policy Task | Dezember 2003 |

DIAS ANALYSEN stehen über www.dias-online.org zum Download zur Verfügung.

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Sicherheitskonferenz sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2005, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik, Universitätsstrasse 1, D-40225 Düsseldorf, www.dias-online.org